51. JAHRGANG · NUMMER 2 · 25. APRIL 2010 · EUR 1,50

Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

Tarifverhandlungen im Dienste der Krisenbewältigung

Die diesjährigen Tarifrunden im öffentlichen Dienst und in der Metallindustrie spiegeln ein Stück weit auch die innenpolitische Lage und die zugrundeliegende Kräfteverhältnisse wider. Die Bundesregierung – das gilt in erster Linie für die CDU/CSU – setzt in ihrer Wirtschafts- und Sozialpolitik auf die Einbindung der Gewerkschaften. Desgleichen auch die Unternehmerverbände der deutschen Schlüsselindustrie (Automobilhersteller, Maschinenbau, Elektroindustrie und Chemiebranche), die ebenfalls zur Zeit keine Konfrontation suchen. Die DGB-Gewerkschaften setzen ihren Kurs der Kooperation und Unterordnung unter veränderten Bedingungen fort. Unter diesen Vorzeichen gingen ver.di und die IG Metall in die Tarifverhandlungen.

Frank Bsirske betonte zwar vor den Verhandlungen seine Absicht, mit einem Tarifergebnis die Binnennachfrage stärken zu wollen und die bürgerlichen Medien vermeldeten eine Gewerkschaftsforderung von 5 Prozent. Doch der tatsächliche Verlauf der Tarifrunde zeigte, dass es sich bei den Äußerungen des ver.di-Vorsitzenden um verbale Kraftmeierei handelte (siehe Artikel Seite 2), und das materielle Ergebnis unterschied sich kaum von dem der IG Metall.

Die IG Metall selbst nahm das erste Mal in ihrer Geschichte ohne konkrete Forderung bereits zwei Monate vor dem Auslaufen der Friedenspflicht die Tarifverhandlungen auf. Unter dem Motto »Arbeitsplatzsicherung vor Einkommenszuwachs« stand die Vereinbarung über eine tariflich abgesicherte Kurzarbeit im Mittelpunkt, weil die staatliche Kurzabeiterregelung demnächst in vielen Betrieben auslaufen wird. Nach der Tarifvereinbarung können die Unternehmen die Arbeitszeit von 35 bis auf 28 Stunden reduzieren – im Wesentlichen zu Lasten der Beschäftigten, die in einem solchen Falle nur 29,5 Stunden bezahlt bekommen (lediglich 15,3 Prozent der verkürzten Arbeitszeit wird finanziell ausgeglichen). Die Einmalzahlung für 2010 und die für April nächsten Jahres beschlossene Lohnerhöhung von 2,7 Prozent werden die gestiegenen Lebenshaltungskosten nicht auffangen.

Der Vorstand der IG Metall entledigte sich mit seinem Vorgehen nicht nur der alten Rituale und Rhetorik, er setzte auch die gängige innergewerkschaftliche Verfahrensweise außer Kraft. Bisher war es üblich, dass in den Vertrauenskörpern über die zu stellenden Forderungen diskutiert und über deren Höhe abgestimmt wurde. Die Tarifkommissionen beschlossen dann, meist mit Hinweis auf die kampfschwachen Betriebe und Bereiche, eine Forderung, die im untersten Bereich der eingegangenen Vorschläge lag. In diesem Jahr blieben die Mitglieder und die zuständigen Beschlussgremien (Tarifkommissionen) de facto von der Willensbildung ausgeschlossen. Dieses Vorgehen kennzeichnet – mehr als das Tarifresultat selbst – die Lage und den inneren Zustand der Gewerkschaften. Mit dem Kurs der Kooperation und Konfliktvermeidung durch die Vorstände legen sich die Gewerkschaften selbst immer engere Fesseln an. Mit der Art und Weise, wie der IGM-Vorstand diese Kooperation in der Tarifrunde 2010 praktizierte, wird das bereits erlahmte innergewerkschaftliche Leben gänzlich überflüssig gemacht und erstickt.

Dieses Vorgehen blieb nicht auf die IG Metall beschränkt. In den Tarifverhandlungen mit der BVG verzichtete ver.di Berlin ebenfalls auf die Aufstellung einer konkreten Lohnforderung. Damit *»keine falschen Erwartungen in der Mitgliedschaft geweckt werden«*, wie der ver.di-Sprecher Splanemann erklärte.

Die bürgerlichen Medien waren voll des Lobes über die besonnene Haltung und alle Beteiligten (Bundesregierung, Unternehmerverbände und Gewerkschaftsvorstände) zeigten sich mit Verlauf und Abschluss der Tarifrunde 2010 zufrieden. Die Betroffenen selbst schwiegen zum größten Teil. Die Passivität auf den unteren gewerkschaftlichen Ebenen und vor allem in den Betrieben bildet eine Voraussetzung für das selbstherrliche Vorgehen der Vorstände. Das wird Ablehnung und Kritik hervorrufen, wenn die versprochenen und erhofften Resultate ausbleiben und die Beschäftigten sich gegen das Abwälzen der Krisenlasten zur Wehr setzen sollten.

Weitere Themen:

Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst
Rezepte gegen die Krise?
Streik der Hafenarbeiter in Finnland
Naziaufmarsch in Dresden verhindert
Rote Karte für Schlecker
BR-Wahl und Ausschlussverfahren bei Daimler
Co-Management bei VW
Nach den Wahlen in Bolivien

■ **Tarifrunde im öffentlichen Dienst**

ver.di akzeptiert mageres Schlichtungsergebnis

Die Tarifrunde und die anfänglichen Warnstreiks im öffentlichen Dienst der Kommunen und des Bundes 2010 waren für die bürgerliche Presse erneut eine Todsünde gegen die geheiligte Logik der kapitalistischen Marktwirtschaft. Diese steckt tief in der Krise, und die öffentlichen Haushalte sind bis über die Ohren verschuldet. Es gibt scheinbar nichts zu verteilen, und gestresste Eltern erinnern sich überdies daran, dass doch schon im letzten Jahr der Sozial- und Erziehungsdienst gestreikt hat. War diese Tarifrunde in dieser Krisenlage nicht völlig unnötig und schädlich? Worum also ging es diesmal?

Die Gewerkschaften im öffentlichen Dienst – ver.di, GEW, Polizeigewerkschaft, Tarifunion des Beamtenbundes (dbb-tarifunion) – hatten sich auf folgende Hauptforderungen verständigt:

– Erhöhung der Entgelte (ohne klare Bezifferung);
– Wiederinkraftsetzen der Bewährungs- und Tätigkeitsaufstiege;
– Regelungen zur Altersteilzeit;
– Übernahme der Auszubildenden;
– für letztere 100 € mehr Ausbildungsentgelt monatlich;
– alles zusammen (!) soll einem Volumen von 5 Prozent entsprechen.

Auf den ersten Blick hob sich dieser Katalog ab von der Herangehensweise anderer Organisationen, z.B. der IG Metall, die in diesem Jahr in die Tarifverhandlungen gegangen war, um »Arbeitsplätze zu sichern« (siehe Beitrag auf S. 1). Die Arbeitgeber Bund und Kommunen wollten von Zugeständnissen schon gar nichts wissen: Bundesinnenminister Schäuble drohte mit einem konsequenten Sparkurs, dessen Ziele z.B. darin bestehen, dass die Verwaltungskosten im Jahre 2014 allenfalls auf dem Niveau von 2009 liegen sollen, eine »strukturelle Lücke« von 60 Mrd. € im Bundeshaushalt geschlossen und überhaupt die noch in der Endphase der CDU-CSU/SPD-Koalition beschlossene »Schuldenbremse« im Grundgesetz eingehalten werden soll. Die politischen VertreterInnen der Kommunen ließen ihrerseits keine Gelegenheit aus, *»bei allem Verständnis für die Beschäftigten«* ihre desolate Finanzlage zu schildern. Sie sehen sich von zwei Seiten unter Druck gesetzt: sinkende Steuereinnahmen einerseits, immer höhere Lasten, die ihnen Bund und Länder ohne Gegenfinanzierung aufbürden, andererseits – beides Folgen der Wirtschaftskrise und der Berliner Steuerpolitik, die von der im Kapitalismus »normalen« Begünstigung der Unternehmen und Reichen mittlerweile zu offener Klientelpflege fortschreitet. Manchen Beschäftigten, Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionären schien in dieser Lage eine Tarifrunde, gar ein Streik unvernünftig oder zumindest aussichtslos zu sein. Andere dagegen sagten: *»Wann, wenn nicht jetzt?«*

Kommunale Finanznot

Die Kommunen verstanden es, ihre desaströse Finanzlage in der medialen Öffentlichkeit auszuspielen. Dabei argumentierten sie durchaus in Richtung Bund und Länder, die endlich etwas für die Entlastung der kommunalen Haushalte tun sollten. Dies ist natürlich richtig, denn Geld, das die Gemeinde nicht hat, kann sie auch nicht ausgeben. Also müssen Konsequenzen in der Steuerpolitik gezogen werden, welche die in der Vergangenheit betriebene Ausplünderung kommunaler Haushalte wieder rückgängig machen. Wäre dies ernst gemeint, müssten die KommunalvertreterInnen allerdings offen gegen die unternehmerfreundliche Steuer- und Klientelpolitik in Berlin Stellung nehmen. Da es sich jedoch auf allen Ebenen um PolitikerInnen der gleichen bürgerlichen Parteien handelt, ist damit schlechthin nicht zu rechnen. Die Hauptrichtung der Entlastung wird erneut bei den Beschäftigten gesucht, wie die Taktik der Arbeitgeberseite in der Tarifrunde zeigt: Zunächst wurde überhaupt kein Angebot gemacht, dann ein lächerlich geringes in Höhe von 1,5 Prozent auf zwei Jahre. Auf der anderen Seite ist aber Geld da, um Kapital- und Vermögensbesitzer zu schonen, Banken zu »retten«, Soldaten und Waffen nach Afghanistan zu schicken usw.

Den Kommunen sind durch die Steuerreformen der letzten Jahre massiv Einnahmen weggebrochen. Viele sind hochverschuldet und nicht mehr in der Lage, einen genehmigungsfähigen Haushalt aufzustellen. Die Krise hat noch einmal für einen kräftigen Einbruch gesorgt, z.B. bei der Gewerbesteuer, die 2009 bundesweit gegenüber dem Vorjahr um 21,5 Prozent gesunken sein soll. Zwar tragen die Kommunen nur etwa 10 Prozent zur Gesamtverschuldung des Staates bei, aber die Auswirkungen sind für die BürgerInnen direkt spürbar, weil alltägliche Dienstleistungen davon betroffen sind: Energie- und Wasserversorgung, Nahverkehr, Grünanlagen, Bibliotheken, Schulen, Krankenhäuser, Kindertagesstätten, Hartz-IV-Leistungen etc.

INHALT · Heft Nr. 2 / 15. April 2010 · Jg. 51

Tarifrunde im öffentlichen Dienst 2
Ein Rezept aus der französischen Wirtschaftsküche? 5
Streik der finnischen Hafenarbeiter 7
Antifaschisten verhindern Naziaufmarsch in Dresden . . . 11
Rote Karte für Schlecker 13
Flashmob-Aktionen bei Bremer XL-Märkten 15
Sozialpartnerschaft, Mitbestimmung, Co-Management bei VW 18
BR-Wahl und Ordnungsverfahren bei Daimler in Berlin . 22
Nachgedruckt: Nach den Wahlen in Bolivien 25

Arbeiterpolitik

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: W. Müller
Herstellung und Vertrieb: GFSA – Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Geschichte der Arbeiterbewegung e.V.
Alle Zuschriften nur an diese Adresse:
»GFSA e.V. · Postfach 106426 · D-20043 Hamburg«
Internet: www.arbeiterpolitik.de · e-mail: arpo.berlin@gmx.de

Die »Informationsbriefe« und weitere Broschüren und Bücher der GFSA e.V. werden in folgenden Buchhandlungen angeboten:

● **Berlin-West:** »*Schwarze Risse*«, Gneisenaustraße 2a ● **Berlin-Ost:** »*Der kleine Buchladen*«, Weydinger Straße 14 – 16 ● **Bonn:** »*Buchladen 46*«, Kaiserstraße 46 ● **Braunschweig:** »*Guten Morgen Buchladen*«, Bülpenweg 87 ● **Bremen:** »*Buchladen in der Neustadt*«, Lahnstraße 65b ● **Essen:** »*Heinrich-Heine-Buchhandlung*«, Viehofer Platz 8 ● **Frankfurt/Main:** »*Haus der Bücher*» Peter Naacher, Ziegelhüttenweg 27 / »*Uni-Buch*«, Studentenhaus, Jügelstraße 1 ● **Göttingen:** Buchhandlung »*Rote Straße*«, Nicolaikirchhof 7 ● **Halle:** Infoladen »*Verein Kellnerstraße e.V.*«, Kellnerstraße 10a ● **Hamburg:** »*Heinrich-Heine-Buchhandlung*«, Grindelallee / »*Schwarzmarkt*«, Kleiner Schäferkamp 46 / Buchhandlung »*Nautilus*«, Bahrenfelder Straße: Zeisehallen / Buchhandlung »*Osterstraße*«, Osterstraße ● **Hanau:** »*Buchladen am Freiheitsplatz*«, Am Freiheitsplatz 6 ● **Hannover:** »*Internationalismus-Buchladen*«, Engelbosteler Damm 10 ● **Kassel:** »*Gestochen scharf*«, Elfbuchenstraße 18 ● **Leipzig:** »*Liebknecht-Haus*«, Braustraße 15 ● **Mönchengladbach:** »*prolibri*« Buchladen, Schillerstraße 22 – 24 ● **Siegen:** Buchhandlung »*Bücherkiste*«, Bismarckstraße 3

Der Druck dieser Belastungen, der auf die BürgerInnen und die Beschäftigten übergewälzt wird, führt zu Stellenstreichungen (die allenfalls befristet oder mit 1-€-Jobs wieder besetzt werden), Kürzung, Einstellung oder Fremdvergabe von Aufgaben, Privatisierung öffentlicher Betriebe in verschiedenen Formen bis hin zum völligen Verkauf. Soziale Probleme, die infolge der Wirtschaftskrisen ohnehin zunehmen, häufen sich in Stadtteilen mit überwiegend geringer Kaufkraft und schlechter Wohnlage, deren Betreuung mehr oder weniger aufgegeben oder privatisiert wird.

Während der gesamtstaatliche Gesetzgeber die Kommunen verdorren lässt, hat er sich selbst eigene »Sachzwänge« verordnet. Der erste ist schon etwas älter und wird derzeit am Beispiel Griechenland exekutiert: die politisch festgelegten Stabilitätskriterien im Bereich der Euro-Zone, die z.B. die Grenze für die Staatsverschuldung in Höhe von 60 Prozent und die jährliche Neuverschuldung in Höhe von 3 Prozent, beides gemessen am Bruttoinlandsprodukt, vorschreiben. Der zweite ist die »Schuldenbremse« im Grundgesetz, die noch von der CDU-CSU/SPD-Koalition stammt. Solche Bestimmungen sind zwar nicht in Granit gemeißelt, wenn Klassenkämpfe sie hinwegfegen, ökonomische Krisen sie gründlich aufmischen oder auch nur Interessengegensätze in der herrschenden Klasse ihre volle Anwendung hintertreiben (Beispiele dafür sind Verletzungen von Stabilitätskriterien der EU durch große Länder wie Deutschland und Frankreich); aber zunächst einmal stellen sie ein Druckmittel gegen die lohnabhängigen Massen dar.

Interessen der Lohnabhängigen

All dies bringt die Menschen, die von schmalen und real schrumpfenden Lohn- oder Sozialeinkommen leben müssen, verständlicherweise in Wut und Verzweiflung. Sie sind doppelt geschädigt, bei den Einkommen und der Versorgung mit kommunalen Dienstleistungen. Gleichzeitig wird ihnen erzählt, dass in der Krise der Gürtel noch enger zu schnallen sei, weil wir alle angeblich *»über unseren Verhältnissen«* leben. Wie das wirklich aussieht in einem reichen Land wie diesem, ist unzählige Male beschrieben worden, deshalb folgt hier nur eine Anmerkung: Zwar ist in der jüngsten Finanzkrise eine ungeheure Summe von 110 Mrd. € im Jahre 2008 vernichtet worden, doch immer noch beträgt das gesamte Geldvermögen in der BRD weit über 4 Bio. €. Allein das reichste Zehntel der Bevölkerung besitzt hiervon einen Anteil von fast zwei Dritteln. Die bürgerlichen Parteien und Pressemedien sorgen dafür, dass diese krasse Reichtumskonzentration der breiten Masse der Bevölkerung, auch vielen Gewerkschaftsmitgliedern nicht bekannt bzw. bewusst ist. In der politischen Auseinandersetzung, etwa um die Berechtigung von Forderungen nach höheren Löhnen, gesetzlich garantiertem Mindestlohn oder ausreichenden Sozialleistungen spielt sie daher nur eine geringe Rolle.

Entsprechende Forderungen müssen gerade in der Krise gestellt und durchgesetzt werden, weil sonst die PolitikerInnen und InteressenvertreterInnen des Kapitals ihre Angriffe verstärken und zu legitimieren versuchen. Ein besser und konsequenter als derzeitig organisierter Verteilungskampf seitens der Gewerkschaften verändert zwar nicht grundsätzlich das kapitalistische System, in welchem die Lohnabhängigen ihre Arbeitskraft zu Markte tragen und um Preis und Bedingungen ihres Verkaufs an die Unternehmer feilschen müssen. Aber nur gemeinsam im eigenen Interesse gegen die Krise und deren Profiteure kann ein größerer Anteil am erarbeiteten Wertprodukt erstritten und das gesellschaftliche Kräfteverhältnis verschoben werden. Dafür muss die Auseinandersetzung politisiert werden, letztlich gegen den Willen der Gewerkschaftsvorstände und vieler FunktionärInnen, die eine friedliche Aushandlung, genannt Schlichtung, vorziehen. Dazu gehört die Forderung nach einer umfassenden Steuer- und Finanzreform, die die Reichen kräftig besteuert und die Erwerbslosen und Geringverdienenden entlastet. So müssen die öffentlichen Haushalte in die Lage versetzt werden, ordentliche Löhne zu zahlen und ihre Verpflichtungen gegenüber den BürgerInnen nachzukommen.

Mit welchen Gesetzen und steuerlichen Maßnahmen diese Vorstellungen umsetzbar wären (Vermögens- und Erbschaftssteuern, Erhöhung des Spitzensteuersatzes, Sonderabgaben für die in der Krise »geretteten« Banken u.v.m.), ist hier nicht zu erörtern, Vorschläge dieser Art sind Legion. In Teilen der sozialen Bewegungen, z.B. Hartz-IV-Betroffenen, wird versucht, die Eigeninteressen von Lohnabhängigen, auch der Erwerbslosen, unabhängig von und im Gegensatz zum Kapital zu formulieren. Davon ist die gewerkschaftliche Taktik der »volkswirtschaftlichen Vernunft« weit entfernt, die Gesamtforderung von fünf Prozent in dieser Tarifrunde viel zu niedrig. Die Kräfte, die bereit wären, so weit zu gehen, sind heute noch nicht da. Unter diesen Umständen wäre der Maßstab für einen Erfolg gewesen, wenigstens eine gute, kämpferische Mobilisierung hinzukriegen und der Gegenseite ein Ergebnis abzutrotzen, das Bund und Kommunen politisch weh getan und sie zu einem ersten Umdenken gezwungen hätte.

Die Warnstreiks im Februar zeigten, wie schon im letzten Jahr in der Auseinandersetzung im Sozial- und Erziehungsdienst, eine Mobilisierungsbereitschaft an der Basis an. Praktisch aus dem Stand streikten mehr als 120.000 Mitglieder bundesweit, weit mehr als allgemein erwartet. Es gab also eine relativ große Bereitschaft, für die Forderungen zu kämpfen: in den Krankenhäusern, im öffentlichen Nahverkehr, bei den ErzieherInnen, der Müllabfuhr und bei den Straßenwärtern.

Der Warnstreik am 5. Februar, an dem sich in ganz Hessen nach Angaben von ver.di 7300 Menschen beteiligten,

dauerte 24 Stunden. In Hanau versammelten sich an diesem Tag 600 Streikende vor dem Gewerkschaftshaus. Sie kamen vor allem von der Hanauer Straßenbahn, den Stadtwerken, der Müllabfuhr und dem Eigenbetrieb Grünflächen. Von morgens vier Uhr an verließ kein Bus der HSB das Depot. 17 von 24 kommunalen Kindertagesstätten waren geschlossen. Eine kurze Demonstration durch die Innenstadt von Hanau führte auch am Rathaus vorbei, wo die Demonstranten lautstark ein Verhandlungsangebot der Arbeitgeber anmahnten.

Auch ver.di übt Verzicht in der Krise

Die Strategie der Gewerkschaftsführung sah anders aus. In einem Papier »10 Thesen zur Tarifbewegung 2010« hatte die Tarifpolitische Grundsatzabteilung von ver.di Behauptungen zum Stand der Wirtschaftskrise aufgestellt, die deutlich auf eine schiedlich-friedliche Einigung mit den Arbeitgebern abzielen. Zusammengefasst wird in den ersten vier Punkten ausgeführt, dass die Konjunktur sich erhole, ein »Arbeitsmarktcrash« nicht zu erwarten sei (4 Mio. Erwerbslose laut Sachverständigenrat in 2010) und das Bruttoinlandsprodukt (BIP) – nach verschiedenen Prognosen – immerhin geringfügig »wachsen« werde. Dies werde durch eine aufgrund von Tariferhöhungen verbesserte Konsumnachfrage noch stabilisiert, und daher gebe es für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes keinen Grund, ein »Sonderopfer« zu bringen. In altbekannter Tradition versucht die Gewerkschaft hier erneut, Tarifforderungen mit wirtschaftlichem Gesamtwohl zu legitimieren, also die Lohnentwicklung in Abhängigkeit von der Konjunktur und den Profiten der Unternehmer zu sehen. So kann man die Lohnabhängigen nicht auf eine harte Auseinandersetzung einstellen, und das ist wohl auch nicht die Absicht.

Weil die Daten unsicher sind und die Krise keineswegs überwunden ist, wird an die Verantwortung von Bund und Kommunen *»in ihrer Doppelrolle als politische Gemeinwesen und Arbeitgeber des öffentlichen Dienstes«* appelliert (Punkt 7). Dies gelte für ihre Beschäftigten, deren Arbeitsplätze, die Versorgung der Bevölkerung und der Industrie mit öffentlichen Dienstleistungen etc. Insbesondere dürfe Beschäftigungssicherung nicht mehr mit Lohnverzicht erkauft werden (Punkt 8). Dass dies wiederum nur als Appell an den guten Willen der Arbeitgeber gerichtet ist, zeigt sich in These 10; dort heißt es sinngemäß zur Aufstellung und Durchsetzung von Forderungen zwar zunächst: *»Wichtig ist ..., was die Beschäftigten wollen.«* Denn was am Ende dabei rauskomme, hänge viel stärker von *»Auseinandersetzungs- und Mobilisierungsbereitschaft«* der Basis ab. Dies gelte aber auch negativ: Auch die Einschätzung der wirtschaftlichen Situation und die *»Angst um den Arbeitsplatz«* gehen in die Forderungsdiskussion ein. Mit diesem Eiertanz spielt eben auch ver.di (wie die IG Metall) auf die Disziplinierung der Lohnabhängigen durch die Angst vor Arbeitsplatzabbau an.

So bleibt noch ein weiterer moralischer Appell, der auch dann greifen soll, wenn die Krise eben nicht zu Ende ist. Auch dann, so das Thesenpapier der Tarifpolitischen Grundsatzabteilung, müssen die Beschäftigten an der *»gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsentwicklung«* teilhaben können. Die Europäische Zentralbank (EZB) etwa halte derzeit eine Preiserhöhung von 2 Prozent für tolerabel. Darauf gestützt, erachtet der ver.di-Bundesvorstand 3,5 Prozent bis 4,4 Prozent für eine *»volkswirtschaftlich gut begründete Abschlussorientierung«*. Mit der Berufung auf den ökonomischen Sachverstand bürgerlicher Institute will er vor der eigenen Basis rechtfertigen, dass er die Sozial- und Steuerpolitik der schwarz-gelben Koalition im Grundsatz akzeptieren will. Unerwähnt bleibt z.B., dass zur Zeit viel Geld für die Rettung des angeschlagenen kapitalistischen Systems (Banken, Autokonzerne) und die Privilegien seiner Eliten ("Wachstumsbeschleunigungsgesetz") ausgegeben wird, aber für Lohnerhöhungen, allgemeine kommunale Dienstleistungen und die Sozialsysteme das Geld immer knapper wird.

Diese Art, auf volkswirtschaftliche Vernunft und angeblichen Sachverstand zu setzen, signalisiert eben nicht Kampfbereitschaft, sondern das Bedürfnis, sich einvernehmlich zu einigen. Nach der dritten Verhandlungsrunde mit Bund und Kommunen am 10./11. Februar wurde von beiden Seiten das Scheitern der Verhandlungen erklärt und die Schlichtung angerufen. Mitten in diese Phase platzte der Tarifabschluss der Metallbranche, und damit schien eine Einigung nur noch eine Frage der Zeit zu sein. Am 25. Februar wurde der Schlichtungsspruch im öffentlichen Dienst verkündet und am Wochenende darauf von der Großen Tarifkommission gebilligt. Er lag auf der Linie dessen, was die Gewerkschaftsführung schon vor der Tarifrunde als »machbar« ausgegeben hatte. So kam am Ende des Kuhhandels nur ein mageres Ergebnis (siehe Kasten S. 5 oben) für die Beschäftigten heraus, das ver.di als einen »Kompromiss« beschreibt, bei dem die *»Arbeitgeber einige Federn lassen und zurückrudern«* mussten, die Gewerkschaft aber trotz mancher *»Kröten«* einiges herausgeholt habe.

Der Tarifabschluss im Einzelnen

Am 19. März erschien eine kurze Pressemeldung auf der Internetseite von ver.di: *»Das Tarifergebnis für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen ist jetzt endgültig unter Dach und Fach. In einer Befragung*

Die Entgelte steigen ab 1.1.2010 um 1,2 Prozent, ab 1.1.2011 um 0,6 Prozent und ab 1.8.2011 um 0,5 Prozent. Dazu kommt eine Einmalzahlung um 240 € im Januar 2011. Während ver.di meint, damit die Preissteigerungen (von denen noch niemand wissen kann, wie sie ausfallen werden) ausgleichen zu können, ist eine Fortsetzung der Reallohnabsenkungen die wahrscheinlichere Wirkung.

Das mit der Umsetzung des TVöD eingeführte Leistungsentgelt (Nasenprämie), das außer den Arbeitgebern eigentlich kaum jemand will, soll von derzeit 1 Prozent des Lohnvolumens bis 2013 schrittweise auf 2 Prozent gesteigert werden. Für eine schon längst überfällige Entgeltordnung soll es eine »Prozessvereinbarung« geben, die erst Ende des Jahres 2010 einen Zeitplan eröffnen soll. Als »Entschädigung« für entgangene Bewährungs- und Zeitaufstiege, die die Angestellten früher im BAT hatten, soll es eine Einmalzahlung von 250 € für die Betroffenen geben, die allerdings im Bereich Sozial- und Erziehungsdienst (um genau dieses Thema wurde dort im letzten Jahr gestreikt) nicht gelten soll.

Unzureichend sind weiter die Regelungen bei der Übernahme der Auszubildenden und für die Inanspruchnahme der Altersteilzeit: Entscheidend ist der Bedarf der Arbeitgeber, nicht der der Beschäftigten.

Dieser Tarifabschluss gilt für die Laufzeit von 26 Monaten. Das gibt den Arbeitgebern »Planungssicherheit«, während die Unsicherheit künftiger Preisentwicklung von den Beschäftigten zu tragen ist. Außerdem hat ver.di erneut die Gelegenheit verpasst, die einheitliche Laufzeit mit den Landesbeschäftigten herzustellen, die 2011 allein in der Tarifauseinandersetzung stehen werden.

unter den Mitgliedern der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) im öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen hat sich eine Mehrheit von 75,4 Prozent für den Tarifabschluss ausgesprochen. Am heutigen Freitag folgte die Bundestarifkommission von ver.di auf ihrer Sitzung in Berlin dem Mitgliedervotum und stimmte dem Verhandlungsergebnis vom 27. Februar 2010 mit großer Mehrheit zu. Von den 79 anwesenden Mitgliedern des Gremiums stimmten für die Annahme 62, sechs enthielten sich, elf stimmten dagegen.«

Auf eine recht starke Warnstreikmobilisierung folgte ein schwacher Abschluss mit hoher Zustimmung. In der Diskussion im Mitgliedernetz (Internetseite von ver.di) drückten viele Beiträge Unzufriedenheit aus, auch in Einzelgesprächen kann man dies feststellen. Woher kam trotzdem die Mehrheit für dieses Ergebnis? Einerseits hat, ähnlich wie im Metallabschluss, die Strategie des Gewerkschaftsvorstands gegriffen: Er hat sehr schnell die Einigung mit den »Arbeitgebern« hergestellt, durch kurze Intervalle der Verhandlungen Diskussionen in der Mitgliedschaft erschwert und das Ergebnis als »alternativlos« hingestellt. Die Resignation an der Basis gab dann wohl den Ausschlag: Es kommt ja doch nichts dabei raus, wenn gestreikt wird; in der Krise muss man das wohl akzeptieren. Gegen solche Vereinnahmungsstrategie von oben muss in Zukunft die Gegenwehr von unten gefunden werden.

Der Tarifabschluss im öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen ist – neben dem Abschluss in der Metallbranche – der wichtigste Tarifkonflikt in diesem Jahr. Die IGBCE hat zwar eine deutlich höhere Lohnrunde angekündigt. Insgesamt aber setzten die beiden Großgewerkschaften IG Metall und ver.di die denkbar schlechtesten Signale in der Krise. Stand: 21.3.2010 ■

Ein Rezept aus der französischen Wirtschaftsküche?

Äußerungen der französischen Finanzministerin Christine Lagarde wurden für einige Tage zum Aufmacher in der deutschen Boulevard- und Wirtschaftspresse. Lagarde hatte kritisiert, die deutsche Wirtschaft sei einseitig auf den Export konzentriert und belaste die Nachbarländer, weil Deutschland deshalb zu wenig importiere. Als Lösung empfahl sie der deutschen Regierung Steuersenkungen, um den privaten Konsum und damit die Einfuhr ausländischer (auch französischer) Waren anzukurbeln. Lagardes Äußerungen wurden von den nachfrageorientierten deutschen Ökonomen aus der FR-Wirtschaftsredaktion[1] sowie von Gewerkschaften wie ver.di[2] zum Anlass genommen, sich eine nachfrageorientierte Steuerpolitik, höhere Löhne und einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro zu wünschen. Aus dem deutschen wie auch dem französischen Unternehmerlager kam allerdings postwendend deutlicher Widerspruch gegen die Überlegungen der Finanzministerin.

Der spezifisch deutsch-französische Aspekt:

Die französische Handelsbilanz für 2008 verzeichnet einen Negativsaldo von -2,7 Prozent des BIP; der deutsche Saldo ist mit 7,3 Prozent positiv. In absoluten Zahlen führte Frankreich 2009 für 43 Mrd. Euro mehr Waren ein als aus; im Vergleich dazu erzielte Deutschland einen Überschuss von 136,1 Mrd. Euro. Einen exportorientierten Mittelstand wie in Deutschland gibt es in Frankreich nur ansatzweise; hierzulande trägt der mittelständisch geprägte Maschinenbau einen wesentlichen Teil der Exportwirtschaft. Der Anteil des französischen Exports in den Euro-Raum fiel seit Anfang der neunziger Jahre von 18 auf 13 Prozent, der deutsche Export dahin stieg seit 1997 von 25,1 auf 27,4 Prozent. (Angaben aus FAZ 16.3.2010) In die aufstrebenden Märkte Asiens und Südamerikas exportieren die französischen Unternehmer Waren im Wert von 4 Prozent des BIP, ihre deutschen Pendants etwa 12 Prozent. *»Deutschland profitiert vom Investitionszyklus in den aufstrebenden Volkswirtschaften, etwa durch seinen Maschinenbau. Zudem verkauften deutsche Hersteller dort bis zur Krise sehr erfolgreich langlebige Konsumgüter wie teure Autos. Frankreich dagegen hat eine spezialisierte Exportpalette aufzuweisen wie Hochgeschwindigkeitszüge, Flugzeuge von Airbus, Raketen, Atomkraftwerke oder Luxusartikel.«* (S. Broyer, franz. Investmentbank Natixis) Von Wechselkursverschlechterungen sei Frankreichs Ausfuhr stärker betroffen als die

1 So z. B. Robert von Heusinger im Leitartikel »Von den Franzosen lernen«, FR 16. 3. 2010

2 „Das Hauptproblem ist die Lohnentwicklung hierzulande. Sie blieb massiv hinter dem Rest Europas zurück... Wir brauchen höhere Löhne! Nicht niedrigere woanders. Fast alle in Europa haben einen gesetzlichen Mindestlohn. 8,50 Euro endlich auch in Deutschland – das hilft uns und das hilft Europa.« Aus: Wirtschaftspolitik aktuell, ver.di Bundesvorstand, Nr. 6, März 2010. Hier muss man auf die tatsächliche, sozialpartnerschaftliche Tarifpolitik von ver.di, etwa im Öffentlichen Dienst, hinweisen, die in krassem Gegensatz zu dieser pseudokritischen Rethorik steht.

deutsche. *»Wenn Sie eine deutsche Präzisionsmaschine brauchen, dann interessiert sie der Wechselkurs weniger. Bei einer Handtasche ist das oft anders.«*

Auf der anderen Seite agieren die deutschen großen Konzerne unbeeinflusster: Kein deutscher Bundeskanzler würde auf VW oder Daimler Druck ausüben, keine Werke im Ausland zu bauen, um hierzulande Arbeitsplätze zu erhalten. Wenn Renault dagegen in der Türkei produzieren will, schaltet sich der Präsident ein, um das zu verhindern.

Europapolitische Aspekte:

Teil der Kritik von Lagarde war der Hinweis auf die Einhaltung der Defizitkriterien des Maastricht-Vertrags, die besonders von deutscher Seite deutlich eingefordert wird. *»Es könne nicht immer nur darum gehen, die Defizit-Prinzipien des Maastricht-Vertrags durchzusetzen«*, wurde die Ministerin zitiert. Hintergrund ist, dass das französische Staatsdefizit mit für 2010 geschätzten 8,2 Prozent weit über dem Maastrichter Referenzwert von drei Prozent des BIP liegt. Im laufenden Defizitverfahren ist Frankreich verpflichtet, das Defizit bis 2013 wieder auf drei Prozent zu senken.

Dahinter steht sicherlich auch die Konkurrenz zwischen den EU-Mitgliedern, die durch die Regeln der Gemeinschaft ja bestenfalls abgemildert, jedoch keinesfalls aufgehoben wird. Die Finanzministerin hat nicht ihr Herz für die deutschen Lohnabhängigen entdeckt, sondern ihr fällt offenbar nicht Besseres ein, um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Bourgeoisie gegenüber der französischen zu schwächen. Allerdings mögen auch die französischen Bourgeois ihre diesbezüglichen Rezepte nicht besonders, wie die hier veröffentlichen Reaktionen aus dem dortigen Unternehmerlager zeigen.

Ökonomische Aspekte:

Hier fallen die immer gleichen ökonomischen Plattheiten des linksbürgerlichen Lagers ins Auge, das mit den wirtschaftspolitischen Abteilungen der DGB-Gewerkschaften zusammen geht. Ob nun FR oder FTD oder Memorandum-Gruppe: Die Unternehmer müssten nur die Löhne »angemessen« erhöhen, die Regierung müsste von Oben nach Unten umverteilen, dann ließen sich die kapitalistischen Widersprüche abmildern, denn die Lohnabhängigen würden dadurch den Unternehmern ihre Waren abkaufen können und die Überproduktionskrisen ließen sich wenn nicht ganz vermeiden, so doch sanft abfedern.* Die Tarifpolitiker der Gewerkschaften reden in der Öffentlichkeit zwar genau so, verhalten sich in der Praxis jedoch ganz anders, geradezu entgegengesetzt: Sie kooperieren mit den Unternehmern bei der relativen wie auch realen Absenkung der Löhne.

Die linksbürgerlichen Ideologen führen zwar gelegentlich Karl Marx im Munde, sie ignorieren aber konsequent seine nach wie vor gültigen Erkenntnisse, was den Charakter des Arbeitslohns im Kapitalismus und das Zustandekommen seiner Höhe angeht. Man kann diese Einsichten aber nicht einfach beiseite schieben, wenn man den tatsächlichen Entwicklungsgang der kapitalistischen Gesellschaften verstehen will.[3] *»Wenn meine Oma Räder hätte, wäre sie ein Omnibus«*, sagt der Berliner – wenn der kapitalistische Unternehmer auf die Profitmaximierung verzichten würde, wäre er kein Kapitalist (mehr), würde Karl Marx sagen.

Der kapitalistische Staat ist die Organisationsform der herrschenden kapitalistischen Klasse; von ihm kann nicht erwartet werden, dass er die Existenzgrundlagen der kapitalistischen Produktionsweise durch sein Handeln in Frage stellt. Aus der Tatsache, dass die einzelnen kapitalistischen Staaten unterschiedliche Entstehungsgeschichten und damit auch unterschiedliche Entwicklungsgeschichten und Klassenkompromisse repräsentieren – wie die Beispiele der großen westeuropäischen Industrieländer zeigen –, kann man nicht schließen, dass sich die Regeln des einen Landes nach Belieben auf ein anderes übertragen ließen, wie es z.B. der Chefökonom von FTD, Thomas Fricke, in seinen Kommentaren zu tun scheint.

Sicherlich würden schärfere Kämpfe der Lohnabhängigen, unter für sie günstigen Rahmenbedingungen, den Abstand zwischen Löhnen und Unternehmergewinnen verringern können; aber das ist ja wirklich nicht die Absicht und Vorstellung der genannten Ökonomen und ihrer Freunde in den Gewerkschaftsvorständen, die deshalb lieber an die »ökonomische Vernunft« und die Bundesregierung appellieren.

Schlussfolgerungen?

Die Lagarde-Äußerungen haben, trotz der medialen Wogen, die sie ausgelöst haben, nirgendwo in unserem Umfeld anhaltende und ernsthafte Resonanz gefunden. In mancherlei Hinsicht ist das bedauerlich, weil eine seriöse Auseinandersetzung in unseren Kreisen mit den linksbürgerlichen Ideologien nach wie vor wichtig ist. Die Diskussionen um die Finanz- und Wirtschaftskrise haben deutlich gezeigt, wie stark die bürgerlichen Ideologien im linken Lager wirken.

Sicherlich ging es für die französische Seite auch mehr um die Haltung und das Gewicht der deutschen Regierung in europapolitischen und -wirtschaftlichen Angelegenheiten, als um das Wohlbefinden des deutschen oder französischen Proletariats. Der populistische Schlenker war wohl eher dazu gedacht, die deutsche Regierung in Deutschland selbst unter innenpolitischen Druck zu bringen, als dazu, innerhalb der EU eine Diskussion über angemessene Löhne und Sozialleistungen auszulösen. Darmstadt ■

3 Immer noch sehr lesenswert und unseren Lesern wärmstens anempfohlen: Die beiden Broschüren von Karl Marx, »Lohnarbeit und Kapital« sowie »Lohn, Preis und Profit«, beide über den Antiquariatsbuchhandel im Internet (z. B. www.zvab.de) preiswert erhältlich.

* Solche Vorstellungen wusste schon Rosa Luxemburg in der Auseinandersetzung mit Werner Sombart (1863 – 1941) trefflich zu verspotten: *»Daß dem einzelnen Unternehmer, dessen Gesichtspunkt die Vulgärökonomie stets treu widerspiegelt, die ‚Wohlhäbigkeit' der Arbeitermasse, wie der Herr Professor sagt, als ein Mittel gegen die Absatzstockung in seinem Warendepot erscheinen mag, darüber besteht kein Zweifel. Aber für alle Unternehmer zusammen, für die Klasse, läuft das pfiffige Mittel des Herrn Sombart darauf hinaus, daß sie aus eigener Tasche die Kaufkraft der Masse der Konsumenten vergrößern sollen, um ihnen dann mehr Waren verkaufen zu können. Wäre es nicht einfacher, direkt den Unternehmern auseinanderzusetzen, sie sollten durch periodische Verschenkung des überschüssigen Warenvorrats an die Gewerkschaftler ‚den ungestörten Verlauf der wirtschaftlichen Produktion' sichern? Wir fürchten nur, daß unsere ‚königlichen Kaufleute' und ‚genialen Unternehmer', genial wie sie sind, ihm kurz erwidern werden: Herr Professor, Sie haben vergessen, daß die Vulgärökonomie zur Nasführung der Arbeiter und nicht zur Nasführung der Kapitalisten erfunden wurde!«* Rosa Luxemburg: Die deutsche Wissenschaft hinter den Arbeiter 1900 in: R. L. Gesammelte Werke Bd. 1,1 S.774) Vergleiche auch „Linke Krisenbewältigung" in: Arbeiterpolitik 2/2009

■ Finnland – Arbeitskämpfe in Zeiten der Krise

Der Streik der Stauer: „Wir streiken so lange, wie es notwendig ist«

Nahezu unbeachtet von der bürgerlichen Presse als auch der Presse der Linken wurde in den Häfen Finnlands ein Arbeitskampf geführt, der für unsere Verhältnisse, insbesondere aber für die deutschen Häfen beispielhaft ist. Nach dem Scheitern der Gespräche zwischen dem Auto- und Transportbranchen Arbeiterverband, AKT (Auto-ja Kuljetusalan Työntekijäliitto ry) und dem Arbeitgeberverband der Hafenunternehmen unter Leitung eines staatlichen Schlichters traten am 4. März über 3.000 Stauer in mehr als 25 Häfen Finnlands in einen zweiwöchigen Vollstreik.

Nach Wiederaufnahme der Gespräche am 9. März und der Erweiterung der Verhandlungskommission am 17. März durch den Vorsitzenden der finnischen Gewerkschaftszentrale (SAK) und einer Vertreterin des Zentralverbandes der finnischen Wirtschaft (EK) kam es zu einem Abkommen, das nach Aussage des AKT-Verhandlungsführers Timo Räty akzeptabel sei (siehe Seite 9: Das Ergebnis). Das Hinzuziehen von Vertretern der Spitzenverbände unterstreicht die politische Bedeutung des Arbeitskampfes. Nicht die Lohnfrage, sondern der Kündigungsschutz und damit verbundene Forderungen nach Abfindungen und einem Kündigungsschutzfonds standen seit den Kollektivverhandlungen 2008 auf der Tagesordnung. Die Forderung nach einem »Sozialplan« war politisch besonders brisant und hatte zu Interventionen des EK hinter den Kulissen geführt. Denn in Finnland gibt es eine solche Regelung nicht. (Kasten Seite 9: Worum geht es den Stauern?).

Der Weg in den Vollstreik

In Vorbereitung auf den Arbeitskampf streikten die Stauer der wichtigsten finnischen Häfen für jeweils 24 Stunden bereits zwischen dem 2. und 5. Februar. Betroffen waren die Häfen von Helsinki, Turku, Naantali, Kokkola, Uusikaupinki, Kotka und Hanko (2.2.), Oulu und Rauma (4.2.) und Hamina (5.2.). Diese Streiks waren aus rechtlichen Gründen nicht von der Zentrale des AKT, sondern von den jeweiligen gewerkschaftlichen Hafenabteilungen ausgerufen und organisiert worden. Der auf den 19. Februar festgelegte Vollstreik wurde erwartungsgemäß durch einen Eingriff des Arbeits- und Wirtschaftsministeriums um 14 Tage verschoben.

Der Arbeitskampf der Stauer und die Öffentlichkeit

Während des Streiks mussten die Hafenarbeiter und ihre Gewerkschaft an mehreren Fronten kämpfen:

Auch Finnland wurde seit dem Herbst 2008 von der globalen Krise erfasst (Arpo 4/2009). Diese Krise drückte sich in einem Exportrückgang von gut 20 Prozent aus, das Bruttonationalprodukt ging um 7,8 Prozent zurück – ein Rückgang, der zuletzt 1917 und 1918 zu verzeichnen war. Die Arbeitslosenzahl stieg im Januar 2010 um 2,6 Prozent gegenüber dem Vergleichsmonat 2009 und überschritt die Zehnprozentgrenze. Als besonders alarmierend gilt die hohe Jugendarbeitslosigkeit (14- bis 25-jährige) von mittlerweile 24 Prozent. Diese Situation wurde durch die, den Export dominierenden Konzerne der Waldindustrie (Holz-Papier und Zellulose), insbesondere UPM und Stora Enso, genutzt. Sie ordneten im Schatten des Streiks an mehreren Standorten die Stilllegung von Papiermaschinen an, mit dem Argument, dass die Lagerkapazitäten für die Papierprodukte nicht ausreichten. Bis zu 70 Prozent der Gesamtproduktion gehen in den Export. Die Konzerne beklagten einen täglichen Gewinnausfall von 30 Millionen Euro. Diese Produktionsbeschränkungen passten in das Konzept der Konzerne, die auf Grund der weltweiten Überproduktion von Papier ohnehin die Stilllegung von Produktionskapazitäten in Finnland vornehmen wollten. In Folge des Streiks, aber auch in Folge des Erdbebens in Chile stiegen auf dem Weltmarkt die Papierpreise um 10 Prozent.

Bereits am ersten Streiktag ging der Vorsitzende des Zentralverbandes der finnischen Wirtschaft (EK) Sakari Tamminen auf einer Pressekonferenz seines Verbandes mit der Forderung nach neuen Streikregeln an die Öffentlichkeit. Er erwartet ein neues System zur Sicherung des Arbeitsfriedens, forderte höhere Strafen und Schadensersatzleistungen und schlug ein Zwangsschlichtungssystem als Alternative vor.

Der Ministerpräsident Matti Vanhanen, Zentrumspartei (Kesk), die ihre Basis in der finnischsprachigen Landbevölkerung hat, bezeichnete den Streik als schädlich für den Ruf Finnlands als zuverlässiger globaler Handelspartner. Er erwog die Einschränkung des Streikrechts für Schlüsselbranchen. Er schlug statt den nun üblichen Verhandlungen

zwischen Unternehmerverband und Gewerkschaft die Wiederaufnahme von »Einkommenspolitischen Abkommen« vor, an denen neben den unmittelbaren Verhandlungsparteien wieder die Regierung am Verhandlungstisch sitzen solle. Diese Abkommen beinhalten neben lohnpolitischen Maßnahmen die Steuer- und Sozialpolitik der Regierung. Eine finnische Variante der »Konzertierten Aktion«, die bis 2007/08 wirksam war und von den Vertretern der exportorientierten Industrie als zu unflexibel angesehen wurde. Die Vertreter des großbürgerlichen Koalitionspartners Kokoomus, hielten sich in der Kritik zurück. Sie wollen mit den Stimmen aus dem Bereich der Lohnabhängigen 2011 wieder als stärkste Partei aus den Wahlen gehen. Schon jetzt baut man den Kandidaten der Partei, Sauli Niinistö, für das nächste Präsidentenamt als »Arbeiterpräsidenten« auf. Sie waren es, die auf die dezentralen Kollektivabkommen im Interesse der exportorientierten Kapitalfraktionen setzten.

Die bürgerliche Presse leitete mit großen Schlagzeilen eine Kampagne gegen die Stauer ein: *»Der Streik der Stauer schließt das ganze Land«, »Ein Streik legt die ganze finnische Papierindustrie lahm«, »Der Streik kostet täglich 100 bis 200 Millionen Euro«.* Dabei verwies die Journaille auf *»die finanziell privilegierte Rolle von kaum ausgebildeten Arbeitskräften«* hin und eröffnete eine Neiddebatte

Stauer gegen Krankenschwestern. Die Neiddebatte spiegelte sich insbesondere im anonymen Feld der Meinungsforen des Internets wider, die vornehmlich von Jugendlichen genutzt werden.

Stimmung in der Bevölkerung

Bei dem Arbeitskampf im Gesundheitswesen im Jahre 2007 befand sich die große Mehrheit der Bevölkerung im Einvernehmen mit den Belangen des Pflegepersonals. Selbst die Lohnforderungen von über 20 Prozent wurden als der Arbeit angemessen angesehen. Die Medien verhielten sich entsprechend zurückhaltend (siehe Arpo 1/2008). Zudem handelte es sich beim Arbeitskampf des Pflegepersonals um Arbeitskräfte, die für alle Menschen eine nachvollziehbar notwendige, soziale Arbeit verrichten. Sie konnten deshalb nur schwerlich als egoistisch diskriminiert werden. Die wirtschaftliche Situation hat sich jedoch seitdem verschlechtert. Die Stauer stellen zudem eine verschwindende Minderheit in der Arbeiterklasse dar. Ihr Kampf kann auf Grund ihrer Schlüsselstellung in einem Land, das mit der Außenwelt hauptsächlich durch den Wasserweg zu erreichen ist, und ihrer relativ guten Bezahlung in Zeiten mangelnden Klassenbewusstseins als egoistisch diffamiert werden. Nach einer Untersuchung der Tageszeitung »Savon Sanomat« teilte sich die Meinung der Bevölkerung: 52 Prozent waren gegen den Streik, lediglich 33 Prozent von 1000 Befragten verstanden die Belange der Stauer.

Solidarität in der Klasse

Unter diesen Bedingungen war besonders die Solidarität innerhalb der Arbeiterklasse gefragt. Der Vorsitzende des Verbandes der Papierarbeiter Jouko Ahonen, SDP, drückte die Solidarität des Verbandes, dessen Mitglieder unmittelbar von den Streikfolgen betroffen waren, aus, jedoch mit der Hoffnung, dass dieser Arbeitskampf nicht länger als sieben Tage dauern würde. Während des Zeitraums musste der Lohn im Falle von Produktionsstilllegungen durch die Unternehmen weiter bezahlt werden. Ebenso kam eine Adresse von dem Vorsitzenden der Gewerkschaftszentrale der Angestelltenverbände STTK Antti Rinne, SDP: *»Wir verfolgen sehr genau, wie man AKT während der Verhandlungen behandelt, bei Bedarf sind wir bereit ihr unsere Unterstützung zu geben«*. Der Vorsitzende der finnischen Gewerkschaftszentrale SAK, Lauri Lyly, machte den EK für die Abkommensprobleme verantwortlich. Der EK sei es gewesen, der auf die Abschaffung der bis 2007/08 üblichen zentralen lohnpolitischen Abkommen hingearbeitet habe.

Es blieb nicht bei Worten: Das gewerkschaftliche Bewusstsein der von dem Streik indirekt betroffenen Arbeiter, geprägt durch eine lange kämpferische, politische Tradition, hielt diesem Konflikt stand. Dies bewiesen die Aktionen der Papierarbeiter des UPM-Werkes Rauma. Sie waren von dem Hafenarbeiterstreik seit dem ersten Tag durch die Stilllegung der Produktion betroffen. Für sieben Tage hatten sie Anrecht auf den Lohn, dann musste die von der Gewerkschaft der Papierarbeiter, Paperiliitto, verwaltete Arbeitslosenkasse einspringen. Trotz dieser Betroffenheit nahmen sie am 11. März an Demonstrationen, die auch in Kotka und Helsinki stattfanden, für das Anliegen der Stauer teil.

Durch Arbeitskonflikte in einer weiteren Branche des AKT, an denen über 10.000 Busfahrer, Müllwerker, Fahrer im Speditionswesen und der Mineralwirtschaft sowie Mitglieder der Finnischen Seemannsunion SMU und Angestellte der Chemischen Industrie beteiligt waren, wurde die eigene Front sicherlich gestärkt, blieb aber durch die Dauer der Auseinandersetzung und die Brisanz dieses Konflikts im Zentrum der öffentlichen Meinungsmache (Seite 10: Ein Jahr verstärkter Arbeitskämpfe).

Der Einsatz von Streikbrechern

Während des Streiks wurde wie üblich versucht die Arbeit durch den Einsatz von Vormännern und Fahrern anliefernder Unternehmen teilweise aufrechtzuerhalten. Eine neue Dimension der Rekrutierung von Streikbrechern wur-

Worum geht es den Hafenarbeitern?

Zur Zeit führen die AKT-Hafenarbeiterbranche und der Arbeitgeberverband der Hafenbetriebe Kollektivverhandlungen. Hauptstreitpunkt ist die Frage des Kündigungsschutzes und damit verbundene Abfindungen. In den Häfen arbeiten sowohl festangestellte als auch zeitangestellte Stauer. Das bisher gültige Anstellungssystem gilt seit den 70er Jahren. Bis dahin galt das auftragsgebundene Heuern und Feuern. Der Kollektivvertrag der Branche wurde von Anfang an so ausgelegt, dass die Entlassung festangestellter Arbeitskräfte nur im Einvernehmen mit der Gewerkschaftsabteilung vorgenommen werden konnte. So wurde es auch bis einschließlich der 90er Jahre gehandhabt. Ende 2000 kündigte ein Hafenunternehmen Arbeiter ohne diese Bedingungen zu erfüllen. Der damit ausgelöste Konflikt wurde gelöst, indem das Unternehmen den Gekündigten eine Entschädigung in Höhe eines Jahresgehaltes zahlte.

Als Folge dieses Konflikts wurde im Frühjahr 2001 eine Bestimmung in das Kollektivabkommen aufgenommen, das die bis dahin wirksame Absprache der einvernehmlichen Lösung im Falle von auftragsbedingten Beschäftigungsbeschränkungen befestigte. Diese Auslegung wurde durch den staatlichen Schlichter 2003 bestätigt. Bereits 2005 bestritt der Arbeitgeberverband diese Auslegung. Die Frage wurde vor dem Arbeitsgericht verhandelt und im Sinne der Auslegung des Arbeitgeberverbandes entschieden.

Vergleichsverhandlung

Die Frage wurde erneut bei den Kollektivabkommensverhandlungen im Jahr 2008 aktuell. Bei diesen einigten sich die Verhandlungsparteien auf ein lokales Abkommenssystem. Arbeitgeber wie auch die örtlichen Gewerkschaftsabteilungen sollen die Verhandlungen über die Verminderung von Arbeitskräften lokal führen können. Diese Verhandlungen sollten gemäß dem Zusammenarbeitsgesetz von Vergleichsverhandlungen begleitet sein. Jedoch erhielten die Arbeitsgeber das Recht letztlich auch festangestellte Arbeitnehmer entlassen zu können. Dieser Anspruch wurde durch den sich täglich variierenden Bedarf an Arbeitskräften begründet, der durch zeitangestellte Arbeitskräfte ausgeglichen werden soll.

In dem Kollektivabkommen wurde vereinbart, dass der Arbeitgeber nur im Rahmen von Vergleichsverhandlungen festangestellte Arbeitskräfte entlassen kann, um stattdessen Zeitarbeiter zu beschäftigen. Wird eine Einigung nicht erzielt, darf der Arbeitgeber innerhalb einer Karenzzeit von neun Monaten nach der Entlassung festangestellter Arbeitskräfte keine Zeitarbeiter beschäftigen.

Als Zugeständnis an die Arbeitnehmerseite einigten sich die Vertragspartner auf eine so genannte Vergleichsunterstützung. Entsprechend dieser Bestimmung in dem Kollektivabkommen bezahlen die Arbeitgeber den gekündigten Arbeitnehmern, die innerhalb von sechs Monaten noch nicht wieder beschäftigt sind, eine Vergleichsunterstützung, die den Unterschied zwischen dem zuletzt gezahlten und dem Arbeitslosengeld ausmacht. Die Unterstützung wird für höchstens sechs Monate gewährt. Dieser Ausgleich wird zudem nur gewährt, wenn man im Zusammenhang mit den Kündigungen über die Einstellung von Zeitarbeitern einig geworden ist. Als Mittel der Sicherung von produktions- und ökonomiebedingter Arbeitslosigkeit betroffener Beschäftigter wird darüber hinaus ein Umstellungsfonds verhandelt. Dieser Fonds sollte eigentlich bereits Ende Mai 2009 wirksam werden. Um die Details dieses Fond's gab es bisher kein Übereinkommen.

de jedoch durch den Einsatz der sozialen Netzwerkseite Facebook eröffnet. Drei junge Männer sammelten unter dem Aufruftitel: *»Ich bin ein freiwilliger Stauer während des AKT Hafenstreiks«,* innerhalb kurzer Zeit über 4.000 Unterstützer, die nach eigener Aussage zunächst nur ihren Protest gegen den Streik von einer *»kleinen Anzahl gieriger Menschen, die die Nation als Geisel hält«,* ausdrücken wollten. Nachdem sie mit den Hafenunternehmen Kontakt aufgenommen hatten, ließen sie sich jedoch am vorletzten Streiktag als Streikbrecher einsetzen. Es kam vor den Toren des Hafenunternehmens in Kotka zu einer kurzen gewaltsamen Auseinandersetzung zwischen den streikenden Stauern und den eintreffenden Streikbrechern, die mit dem Eintreffen von Polizei beendet wurde. Bei dem Einsatz von Streikbrechern via Facebook verdeutlicht sich eine Kluft im Bewusstsein der gewerkschaftlich organisierten Stammbelegschaften und der in ungeregelten Verhältnissen lebenden, vornehmlich jüngeren Menschen, die ohne klassenpolitischen Zusammenhang schnell zum Objekt des Klassengegners werden können.

Die Antwort: Lokale Streiks und Solidarität der Papierarbeiter

Mit dem Abschluss der Kollektivverhandlungen am Freitag, dem 19. März, war der Konflikt in den Häfen nicht beendet. Trotz des Abschlusses verließen am Donnerstag, dem 25. März, wieder Stauer in den Häfen der Süd- und West/Nordküste ihren Arbeitsplatz. Sie blieben 24 Stunden aus Protest gegen den Einsatz von Streikbrechern und der Androhung der Einschränkung des Streikrechts vor den Toren. Diese Aktionen waren aus rechtlichen Gründen wie in der Warnstreikphase nicht zentral, sondern von den lokalen gewerkschaftlichen Hafenabteilungen vorbereitet und durchgeführt worden. Allein in Kotka gingen 750, in Helsinki 500 vor das Tor. An der West-Nordküste gingen mindestens 600 weitere in den Streik. In Rauma allein streikten erneut 350 Kollegen.

Etwas für deutsche Verhältnisse Ungewöhnliches geschah dort: Die Stauer wurden unterstützt durch die Arbeiter der UPM-Papierfabrik, die ja für die Dauer des Streiks vor die Tür gesetzt worden waren. Sie blieben der Arbeit fern, lediglich fünf Arbeiter verrichteten den Notdienst. Auch am 30. März gingen erneut Stauer und auch Angestellte in Kotka vor das Tor, um gegen die »auftragsbedingte Kündigung« von ungefähr 100 Beschäftigten, darunter 64 Stauern, zu protestieren.

Das Ergebnis des Streiks: „Ein Abkommen, mit dem wir leben können«

- Ab April 2010 steigen die Löhne um 0,6 Prozent und ab Oktober um 0,7 Prozent; die gleiche Steigerung soll 2011 erfolgen unter Berücksichtigung des Anstiegs der Löhne im Industriesektor.
- Kündigungsschutzverhandlungen sollen in den Betrieben geführt werden. Kommt es zu keiner einvernehmlichen Lösung, wird die schon bestehende Kündigungsfrist entsprechend der Beschäftigungszeit verlängert: für weniger als vier Jahre Beschäftigte um zwei Wochen, für weniger

als zwölf Jahre um ein Monat, für länger Beschäftigte um zwei Monate.
– Die verlängerte Kündigungsfrist kann benutzt werden zur Arbeitssuche oder zur Ausbildung. Während der Zeit besteht keine Arbeitspflicht.
– Der Fonds der Hafenoperateure zur Unterstützung der Entlassenen soll erhöht werden.

Mit dem Verbot der Anwendung von Leiharbeit im Verladebetrieb, wird dem Einsatz von Streikbrechern ein Riegel vorgesetzt. Mit der Bestätigung der lokalen Konflikt-lösung konnte auch der Zentralverband der Wirtschaft, EK, sein Anliegen als befriedigt ansehen. Damit ist für ihn die Gefahr einer Allgemeingültigkeit von Sozialplanregelungen erstmal vom Tisch.

2010 ein Jahr verstärkter Arbeitskämpfe in Finnland

So wie im Hafenbereich wurde ein Arbeitskampf in einer weiteren AKT-Branche durchgeführt. Es streikten über 10.000 Beschäftigte im Güter- und privaten Busverkehr, in der Müllentsorgung und dem Transportwesen der Mineralölindustrie. Dieser Streik wurde am 2. März eingeleitet jedoch am folgenden Tag um 16 Uhr mit einem Abschluss wieder beendet. Besonders betroffen waren die Fernbusverbindungen. Finnland weist ein ausgedehntes Fernbusliniennetz auf. Der Busverkehr in der Region Helsinki wurde um 60 Prozent eingeschränkt. Der Verkehr der Regionalzentren Turku, Lathi, Jyväskyla, Oulu kam völlig zum Erliegen. International agierende Unternehmen wie Veolia und Schenker im Speditionswesen waren von den Streiks betroffen. Wie bei den Stauern war der Streiktermin durch die Regierung um 14 Tage aufgeschoben worden. Auch dort war derselbe staatliche Schlichter tätig, der ein Abkommen in Höhe eines Gesamtvolumens von 0,25 bis 0,3 Prozent für das Jahr 2010 vorgeschlagen hatte. Schließlich kam es zum Abschluss über Lohnerhöhungen von 0,6 Prozent ab April, 0,7 Prozent ab Oktober und 0,7 Prozent für das nächste Frühjahr. Ende 2011 sollen die Löhne nochmals entsprechend der Abschlüsse in der Industrie angepasst werden. Die Lohnfrage war nach Aussage des Vorsitzenden des AKT jedoch nicht Ursache des Konflikts, sondern die Arbeitgeberseite wolle das geltende Arbeitszeitsystem verändern.

Ein von Finnlands Seemanns-Union (Suomen Merimiesten Unioni SMU, gegr. 1916) der 10.000 Mitglieder umfasst, für den 2. März angedrohter Streik, wurde nach einer vereinbarten Lohnerhöhung für 2010 und 2011 um jeweils 0,7 Prozent bereits am 27. Februar abgesagt. Dieser Streik hätte die Belegschaften des staatlichen Eisbrecherunternehmens Arctia, der Kombieisfähren und der Inlandsfähren betroffen. Er wurde abgesagt, obwohl der Zeitpunkt für einen Streik günstig war. Es herrschte ein eisiges Wetter mit der Folge einer erheblichen Eisbildung. Ein Streik hätte wahrscheinlich zu einer harten Front gegenüber der geringen Anzahl von Beteiligten geführt und mögliche Notstandsmaßnahmen der Regierung nach sich gezogen.

Zurzeit befinden sich auch die Angestellten der Chemischen Industrie in Punktstreiks. Aufsehen erweckten die eintägigen Punktstreiks von 1000 Angestellten bei Orion, dem größten finnischen Pharmakonzern, und bei dem staatlichen Mineralölkonzern Neste. Der Streik berührt insgesamt 7500 Beschäftigte. Bis heute kam es noch zu keinem Abschluss.

Rechtzeitig zum internationalen Tag des Theaters am 25. März streikten am 23. März die Schauspieler an 11 Regionaltheatern, in Helsinki, Turku, Vaasa und weiteren 30 professionellen Bühnen.

Unter der Schlagzeile: *»Viele Streiks sind weiterhin möglich«,* veröffentlichte das Finnische Nachrichtenbüro eine Aufzählung möglicher Arbeitskämpfe in folgenden Branchen:
– In der Dienstleistungsbranche mit 315.000 Beschäftigten, deren Interessen durch die Dienstleistungsgewerkschaft PAM vertreten werden. Darunter fallen 170.000 Beschäftigte des Handels, 60.000 in der Hotel- und Gaststättenbranche und ca. 40.000 in der Branche der Hauswartung.
– Nach einem eintägigigen Streik der im Handel tätigen PAM-Mitglieder am 16. April kam es dann zu einem Abschluss, der über drei Jahre läuft und zu jeweils zwei jährlichen Lohnerhöhungen führen soll.
– Zeitgleich streikten ca. 7000 Mitglieder des Wachdienstpersonals, ebenfalls der Gewerkschaft PAM angeschlossen, für zunächst einen Tag. Dieser Streik wurde am 20. April aus Protest gegen das Verhalten der Arbeitgeber in den Kaufzentren der Hauptstadtsregion wieder aufgenommen. Kommt es zu keiner Lösung unter Leitung des staatlichen Schlichters, leitet die Gewerkschaft ab Mittwoch, dem 28. April, einen dreitägigen Streik ein.
– Mitglieder des Lebensmittelabeiterverbandes streikten ab dem 7. April für drei Tage ohne Resultat. Der Streik bezog zunächst 4.500 Arbeiter von zwölf Großbäckereien ein. Am 20.4. wurden die erneuten Verhandlungen ergebnislos abgebrochen. Damit werden am 21.4. die Streiks wieder für drei Tage aufgenommen. Etwa 9.300 Beschäftigte sollen in den Streik gehen, der alle Branchen der Lebensmittelindustrie betrifft. Im Zentrum des Streiks steht neben einer Lohnerhöhung die Arbeitszeit, die den neuen Öffnungszeiten des Handel angepasst werden soll. Sollte es dann zu keinem zufriedenstellenden Ergebnis kommen, soll der Streik vom 5. bis zum 10. Mai wieder aufgenommen werden. Der Lebensmittelindustrieverband hat nach den ersten Streikankündigungen bereits am 11. und 12. April die Aussperrung für alle Bäckereien, die Süßwaren-, Fertigessen- und Fischprodukteindustrie angekündigt.
– Ein für den Angestelltenbereich derselben Branche geplanter Streik wurde nach Annahme des Schlichtungsangebots wieder abgesagt. Aufgerufen hat die Angestelltenunion, die der Zentrale der Angestelltengewerkschaften STTK angeschlossen ist.
– Für die Baubranche verordnete die Bauarbeitergewerkschaft, einen dreiwöchigen Überstundenboykott. Mittlerweile streikten am 13. April 21.000 Bauarbeiter. Ziel war die Festlegung von Mindestlöhnen.
– Selbst die Gewerkschaft der Grenz- und Seebewacher droht mit einem Streik. 2005 wurde per Anwendung eines Ausnahmegesetzes ein beschlossener Streik mit dem Hinweis auf die stattfindenden Leichtathletik-Weltmeisterschaften in Helsinki untersagt. Stand: 20.4.10 ■

Antifaschisten verhindern Naziaufmarsch in Dresden

Am 13. Februar 2010 wollten Faschisten zum 65. Jahrestag der alliierten Bombardierung von Dresden zum wiederholten Male aufmarschieren. Der Naziaufmarsch in der sächsischen Landeshauptstadt entwickelte sich seit Ende der 90er Jahre zum größten Event der Faschisten in der BRD und im europäischen Ausland. Über 12.000 AntifaschistInnen haben dieses Jahr den geplanten Nazigroßaufmarsch verhindert. Die insgesamt 5000 anwesenden Nazis konnten ihre geplante Marschroute nicht laufen. Nach einer kurzen Spontandemonstration von etwa 2000 Nazis zum eigentlichen Startpunkt ihrer Demonstration ging es für diese keinen Schritt weiter. Trotz massiver Gewalt und etlichen Schikanen von Seiten der Polizei setzten die NazigegnerInnen mit Blockaden, direkten Aktionen und Demonstrationen dieses Jahr das erste Mal den Abbruch der seit 1999 jährlich stattfindenden Naziveranstaltung durch. Mit einer überregionalen und spektrenübergreifenden Antifamobilisierung konnte dieser Erfolg erreicht werden. Im Vorfeld versuchte die Polizei mit Razzien und Beschlagnahmungen die antifaschistischen AktivistInnen einzuschüchtern. Die staatliche Repression verfehlte ihr Ziel jedoch komplett und sorgte stattdessen für einen weiteren Mobilisierungsschub. Aus dem ganzen Bundesgebiet kamen tausende Antifaschisten nach Dresden. Von Berlin aus fuhren etwa 30 Busse zu den antifaschistischen Blockaden.

In den bürgerlichen Medien wurde bereits Wochen vorher vor einer »Invasion der Extremisten« (Tagesspiegel) gewarnt und eine totalitarismustheoretische Gleichsetzung von Neofaschisten und ihren Gegnern vollzogen. Nach der erfolgreichen Verhinderung des Naziaufmarsches wurde nun in vielen Berichten der Erfolg nicht den Massenblockaden, sondern der von der sächsischen Landesregierung und der CDU-Oberbürgermeisterin Helma Orosz organsierten Menschenkette zugeschoben. Tatsächlich hat die offizielle Menschenkette rund um die Dresdner Frauenkirche zur Verhinderung des Aufmarsches in Dresden-Neustadt absolut nichts beigetragen.

Dresden war eine herbe Niederlage für die Nazis. Nach Wunsiedel und Halbe sieht es so aus, dass sie nun auch ihren letzten Großaufmarsch verlieren werden. Den Massenveranstaltungen der Nazis stehen nicht mehr nur symbolische Aktionen, sondern aktives Verhindern entgegen. Daran gilt es auch im September in Dortmund anzuknüpfen. Zum 6. Mal in Folge wollen Nazis anlässlich des Antikriegstages durch Dortmund marschieren. Für den 4. September 2010 mobilisieren sie europaweit in die Ruhrgebietsmetropole. Dortmund hat sich in den vergangenen Jahren zu einer Hochburg militanter Neonazis entwickelt. Dieser Entwicklung gilt es entschlossen entgegenzutreten.

Antifaschismus ist ein notwendiger Bereich, der spektrenübergreifend organisiert werden muss und vielen Menschen eine Beteiligung ermöglichen sollte. Dafür ist das Konzept der Massenblockaden sehr gut geeignet. Inhaltlich ist es aber auch wichtig, sich nicht nur gegen Nazis zu positionieren, sondern auch gegen Kapitalismus und Krieg. Gerade beim Thema Krieg sollten wir keine Kompromisse eingehen. Spektren, die sich mit kriegführenden Staaten solidarisch zeigen und deren Fahnen schwenken, dürfen wir bei unseren Aktionen keinen Raum bieten. Unser Ziel ist die Überwindung der bürgerlichen Gesellschaft, denn nur so können wir die Wurzeln von Faschismus, Hunger und Krieg beseitigen.

Dresden und die Gewerkschaften

Im Gegensatz zum vergangenen Jahr blieb es diesmal relativ ruhig in den Gewerkschaften. Nur vereinzelt mobilisierten gewerkschaftliche Gruppen nach Dresden. Beschlüsse von örtlichen oder regionalen Gremien blieben nahezu aus. Wer als Gewerkschafter an den Blockaden oder den Kundgebungen teilnehmen wollte, hatte Schwierigkeiten, mit einem von den Gewerkschaften organisierten Bus zu fahren. Er musste sich entweder privat nach Sachsen aufmachen oder aber sich anderen Gruppen anschließen. Trotzdem konnte man in Dresden eine Vielzahl von Fahnen und Transparenten sehen, die von aktiven Gewerkschaftern stammten.

In Berlin hatte lediglich die GEW einen Bus bestellt. Die Karten für die Fahrt waren denn auch recht schnell vergriffen. Statt jetzt aber einen weiteren Bus zu bestellen, um allen AktivistInnen aus den Gewerkschaften die Möglichkeit der Teilnahme zu bieten, beließ es die Lehrergewerkschaft bei dem einen. Man wird das Gefühl nicht los, dass die Verantwortlichen die Organisierung der Fahrt eher als Pflichterfüllung denn als politische Aufgabe ansahen. Dafür spricht auch, dass die Abfahrt so spät gelegt wurde, dass die Mitfahrenden lediglich an der Kundgebung in der Dresdener Altstadt, nicht aber an den Blockaden teilnehmen konnten.

Von dieser Passivität und Gleichgültigkeit hob sich erfreulich die ver.di Jugend ab. Sie mobilisierte bundesweit nach Dresden, stellte Busse und eine Reihe von Rednern.

Die Jugendlichen blieben nicht passiv. Eine Vielzahl örtlicher Gruppen organisierte eigenständige Aktionen. Die Aktivitäten waren gut vorbereitet und in intensiver Diskussion entwickelt. In Dresden wurden das Auftreten der jungen GewerkschafterInnen zentral koordiniert, die Kommunikation über Telefonketten, Twitter und Newsticker hergestellt.

Vertreter der ver.di Jugend gehörten zu dem Aktionsbündnis »Dresden Nazifrei«, das die Manifestation vorbereitete. Sie ließen sich auch nicht einschüchtern, als die Polizei Flugblätter und Plakate beschlagnahmte, die zu Blockaden in der Dresdener Neustadt aufriefen. Sie verstärkten danach sogar ihre Aktivitäten. In Berlin starteten die Busse früh. Sie schlossen sich dem Verbund der Antifa-Gruppen und der Jugend der Linken an.

Persönliche Anmerkungen:

Es war schon eine merkwürdige Demonstration von Macht. Statt großer geschlossener Blöcke, die fahnenschwingend und flugblattverteilend durch die Dresdener Innenstadt marschierten, fanden wir, zwei ver.di AktivistInnen aus Berlin, zunächst in der Dresdener Altstadt nur vereinzelt durch die Straßen und Plätze irrende Antifaschisten vor, die, desorientiert wie wir, die zentrale Kundgebung suchten. Nach einiger Zeit bekamen wir heraus, dass wir auf der falschen Seite der Stadt gestrandet waren. Um gegen die Nazis zu demonstrieren, mussten wir über die Elbe in die Neustadt ziehen.

An einer der fünf Brücken Dresdens angelangt, merkten wir, dass dies nicht so einfach war. Viele, die wir trafen, hatten den Fluß nicht überqueren können, weil die Polizei alle potentiellen Demonstranten aufhielt. Einige versuchten, mit einem Taxi oder als Teilnehmer eines der Sightseeing-Busse auf die andere Seite der Elbe zu gelangen, waren aber gescheitert. Doch schnell wurden wir gewahr, dass die Absperrungen der Polizei nicht lückenlos waren. Wer sich als Dresdener ausgab, einigermaßen harmlos wirkte, konnte über die offene Mitte der Straße passieren. Na ja, dachten wir uns, eigentlich sind wir doch auch, wenigstens für die nächsten fünf Minuten, einfache Dresdener Bürger, die nur ihre Verwandten jenseits der Elbe zum wöchentlich Kaffeeplausch besuchen wollen, und marschierten festen Schrittes los. Und siehe da, keiner hielt uns auf oder stellte irgendwelche komischen Fragen. Zugute kam uns, dass wir nicht mehr die allerjüngsten waren und weder Flugblätter, Transparente noch sonstige Demonstrationsutensilien sichtbar mit uns führten.

Am anderen Ende der Brücke angelangt, wussten wir erst einmal nicht weiter. Wo waren denn nun, etwa zur Mittagszeit, Demonstration und Kundgebung? Doch hier half uns die Polizei. Am Himmel sahen wir immer wieder Hubschrauber, die alle in eine Richtung flogen. Also nichts wie hinterher. Schon nach wenigen hundert Metern erreichten wir den Dresdener Albertplatz, einen der blockierten Orte.

Den Platz zu betreten, war wieder nicht einfach. Der Zugang wurde durch quergestellte Polizeifahrzeuge versperrt. Die Lücken schlossen in Doppelreihen postierte schlagstockbewaffnete Polizisten. Aber statt aggressiv zurückzuwiesen zu werden, erhielten wir nur den Rat, den Platz nicht aufzusuchen, da wir wohl hineinkämen, aber nicht wieder hinausgelassen würden. Aber auch an dieser Stelle war die Absperrung nicht total. Immer wieder durften einzelne, Dresdener Bürger wie wir es ja auch schon kurz waren, den Platz verlassen. Außerdem sahen wir, dass an mehreren anderen auf den Platz führenden Straßen keine Kontrollen erkennbar waren. Wer sich in den 80er Jahren Anfang Mai in Kreuzberg aufgehalten hatte, weiß, dass die hermetische Abriegelung eines größeren Platzes nur selten gelingt. Wir sagten uns, wer reinkommt, kommt auch wieder raus und schon waren wir auf dem Platz.

Jetzt begann aber die eigentliche Anstrengung für uns. Es hieß, bei bitterer Kälte auf dem Platz auszuhalten, ohne ihn zu verlassen. Ständig wurden wir über Lautsprecher von den Organisatoren des Bündnisses angehalten, nicht zu den vermeintlichen Brennpunkten des Geschehens, dem Neustädter Bahnhof, wo die Nazis sich sammelten oder aber zum alternativen Kulturzentrum Conni, das von der Polizei angeblich geräumt wurde, abzuwandern. Die Freigabe des Platzes hätte den Nazis erlaubt, hier ungehindert zu demonstrieren. Nun ist der politische Verstand ja willig, das einzusehen, aber das Fleisch nicht unbedingt. Trotz Zwiebeltechnik, nach der wir uns in weiser Voraussicht gekleidet hatten, war schon nach etwa zwei Stunden die Kälte an einigen Stellen des Körpers spürbar. Abhilfe konnte nur ständige Bewegung schaffen. Da dies auch allen anderen so ging, wirkte das Geschehen auf dem Platz am frühen Nachmittag wie ein Ameisenhaufen, bei dem alle hin und her laufen, ohne dass erkennbar ist, was die einzelne Ameise sinnvolles verrichtet. Betrachtet man aber die Gesamtheit der Aktivitäten, so erkennt man, dass alle doch ein Ziel verfolgen, den Haufen zusammenzuhalten und sein Fortbestehen zu sichern.

Etwas Abwechslung boten musikalische Einlagen und politische Reden von mehr oder weniger bekannten Vertretern des Aktionsbündnisses.

Die Blockade des Platzes war von den Ordnungsbehörden nicht genehmigt. Die Polizei forderte deshalb mit Megafon die Anwesenden in regelmäßigen Abständen auf, den Platz zu verlassen. Die Schlusspassagen wurden regelmäßig übertönt durch Ansagen der Veranstalter, so dass niemand genau wusste, was die Polizei eigentlich wollte. Wer nun erwartet hatte, dass sich die Polizei wie sonst üblich mit Gewalt durchsetzen würde, wurde eines besseren belehrt. Zwar formierten sich die in schwarzer Montur mit Helm und Schlagwerk auftretenden Beamten und trabten los, doch ihr Ziel waren nicht die Kundgebungsteilnehmer, sondern das Nichts. Sie verließen den Platz und kamen nach einiger Zeit wieder zurück, um dann wenig später nach dem gleichen Drehbuch erneut aufzubrechen.

Am späten Nachmittag verkündeten dann die Organisatoren, dass die Polizei sich nicht mehr imstande sehe, eine Demonstration der Nazis durchzusetzen, weil alle Plätze auf der angemeldeten Demonstrationsroute besetzt waren. Wir zogen uns zurück gen Bus, halb durchfroren, aber froh ob des Erfolges.

Es war schon ein politischer Tag der besonderen Art. Tausende kamen nach Dresden, ohne sich an einem Ort zu sammeln oder zu einer Demonstration zu formieren. Der Erfolg wurde durch ein radikal dezentrales Konzept erzielt. Blockaden von Verkehrsknotenpunkten wurden durch die staatliche Gewalt nicht aufgelöst. Martialisch gekleidete Sicherheitskräfte schritten nicht zur Tat, sondern veranstalteten Aufwärmübungen. Polizeiabsperrungen konnten manchmal leicht überwunden werden. Der Aufmarsch der Nazis wurde verhindert, ohne dass es zu einer direkten Konfrontation mit ihnen kam. Die politischen Aktivitäten bestanden so im Wesentlichen aus der bloßen Anwesenheit in Dresden und dem Kampf gegen die Kälte. Wir, wie bereits oben erwähnt, nicht mehr ganz jung, haben so etwas noch nicht erlebt. Aber man lernt ja nie aus.

B&H, Berlin ■

Rote Karte für Schlecker Wie geht es weiter?

Bis auf den heutigen Tag wirkt der Boykott. Viele Einwohner von Groß-Bieberau, nahe Darmstadt, kaufen nicht im neuen XL-Drogeriemarkt von Schlecker ein, obwohl dort das Warenangebot vielfältiger, der Verkaufsraum großzügiger und heller gestaltet ist, als im Hundert Meter entfernten, nun geschlossenen, alten Schlecker-Markt.

Nicht, dass die Schlecker-Kolleginnen oder die Kundschaft etwas gegen attraktivere Läden hätte: Aber die Beschäftigten in den neuen XL-Märkten erhalten gerade einmal etwas mehr als die Hälfte der Vergütung, die ihren Kolleginnen in den AS-Märkten zusteht.

Dies war auch der Grund dafür, dass am 7. August 2009 ver.di für eine Demonstration und Kundgebung nach Groß-Bieberau mobilisierte. Betriebsrätinnen von Schlecker und Mitglieder des Darmstädter Soli-Komitees gegen Tarifflucht und Arbeitsplatzvernichtung wurden von der Bevölkerung mit viel Sympathie aufgenommen. Die Kolleginnen aus dem lange schon ortsansässigen AS(Anton Schlecker)-Markt waren bekannt, ihre Kündigung wegen Betriebsschließung hätte Jeder gern verhindert. Schlecker erhielt die »Rote Karte«, der Boykott kommt ihn teuer zu stehen, aber noch fehlte und fehlt die Kraft, ihn zu einer Tarif- und Personalpolitik zu zwingen, die für die Kolleginnen akzeptabel ist.

Vorläuferin für die Aktion in Groß-Bieberau war der Protest gegen die Eröffnung einer XL-Filiale in der Stadt Remagen bei gleichzeitiger Schließung zweier AS-Märkte im März desselben Jahres. Für zehn Kolleginnen bedeutete dies die Kündigung. *»Die neuen Mitarbeiter für die XL-Filiale werden voraussichtlich alle als Mini-Jobber eingestellt. Das heißt, kein Urlaubsgeld, kein Weihnachtsgeld und ein Stundenlohn, der sich um die 6,50 Euro bewegen wird. Knapp die Hälfte dessen, was derzeit laut Tarifvertrag als Spitzenlohn gezahlt wird.«* So Marion Tesche, Betriebsratsvorsitzende für die Region Mayen-Remagen (Sell 2009) . Allerdings stellt Schlecker bundesweit zu recht unterschiedlichen Konditionen ein. Kolleginnen aus Norddeutschland berichten, dass auch Mini-Jobber und ungelernte Kräfte zwischen acht und zehn Euro je Stunde erhalten. Gleichzeitig werden auch in den »alten« AS-Filialen die Tarifkräfte zunehmend durch ungesicherte Niedriglohn-Jobs ersetzt.

Eine »geräuschlose« Schließung von AS-Märkten zugunsten neuer XL-Filialen ist für den Unternehmer Schlecker nur noch dort möglich, wo es (noch) keine Regionsbetriebsräte gibt – und auch in dieser Hinsicht wird es für Anton Schlecker schwieriger. In über 170 der insgesamt 327 betriebsratsfähigen Regionen gibt es bereits Regionsbetriebsräte; davon sind fünfzig Betriebsräte im vergangenen Jahr erstmals gewählt worden. Das ist ein deutlicher Hinweis darauf, dass es den ver.di-Gewerkschafterinnen gelingt, bei Schlecker kräftig Boden gut zu machen.

Das Schlecker-Geschäftsmodell in der Krise

Den ersten Drogeriemarkt eröffnete das Ehepaar Christa und Anton Schlecker 1975; drei Jahre später waren es bereits 100 Filialen. Auf dem Höhepunkt der Expansion 2008 gab es in Deutschland etwa 10 708, in elf anderen europäischen Ländern noch einmal etwa 4 000 Drogeriemarkt-Filialen bei insgesamt über 50 Tausend Beschäftigten. Schlecker selbst bezifferte den Umsatz im Jahr 2009 auf mehr als 7 Milliarden Euro. Das Ehepaar Schlecker gehört zur Gattung der deutschen Milliardäre, mit einem geschätzten Privatvermögen von 2,4 Milliarden Euro.

Rechnerisch erreichte jeder Einwohner Deutschlands einen Schlecker-Markt in einem Radius von zwei bis drei Kilometern, sozusagen neben jedem Briefkasten eine AS-Filiale.

Schlecker ist der Größte in seiner Branche – noch. Zwar besitzt er mit Abstand die meisten Filialen, 76 Prozent vom Gesamtmarkt. Aber er erzielt damit nur etwa 38 Prozent des Branchen-Umsatzes. Sieht man auf die Jahresumsätze pro Filiale, so stehen sich die Schlecker-Konkurrenten allesamt besser:

Durchschnittliche Jahresumsätze pro Filiale (Sell, 2009)	
Müller-Drogerie	ca. 4,5 Millionen Euro
dm Drogeriemarkt	ca. 3,3 Millionen Euro
Rossmann	ca. 1,9 Millionen Euro
Schlecker	ca. 0,48 Millionen Euro

Der Impuls für die Gründung der Drogeriemärkte, ähnlich wie für die Lebensmittel-Discounter, in Deutschland geht auf den Fall der Preisbindung für Markenartikel 1970 zurück. Dadurch wurde überhaupt erst die Preiskonkurrenz in diesen Warensegmenten möglich. Das ist auch die Erklärung dafür, warum alle maßgeblichen Drogeriemarkt-Ketten in Deutschland in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre entstanden.

In dieser ersten Aufbauphase machten sich Schlecker, Rossmann und Götz Werner (dm) kaum Konkurrenz; ihre Geschäftsmodelle waren dafür zu unterschiedlich: Schlecker errichtete seine engen, zugestellten Läden in städtischen Nebenlagen oder auf dem platten Land, mit begrenztem Sortiment und sparsamem Personaleinsatz. Rossmann und Götz Werner konzentrierten sich auf die hochpreisigen City-Lagen; das Karlsruher Unternehmen dm vor allem im Süden, der Hannoveraner Rossmann überwiegend im Norden.

Mit der weiteren Ausdehnung der einzelnen Unternehmensgruppen und mit der sogenannten Globalisierung nach 1990, die auch den europäischen Markt für eine Flut billiger Drogerieprodukte aus den Ländern Asiens öffnete, ging die Zeit der friedlichen Koexistenz der Drogeriemarkt-Oligarchen zu Ende.

In der nun folgenden zweiten Phase müssen sich die unterschiedlichen Geschäftsmodelle erneut beweisen. Dabei zeigt es sich, dass Schlecker die schlechteren Karten hat. *»Der Marktanteil von Schlecker befindet sich seit Jahren im Sinkflug. So wurde für das Jahr 2004 noch ein Anteil in Höhe von über 42 Prozent geschätzt, während es im vergangenen Jahr nur noch maximal 38 Prozent waren.«* In 2008 sank der Umsatz bei Schlecker um 5 Prozent, während die Konkurrenten 11,4 Prozent (dm) bzw. 6,2 Prozent (Rossmann) zulegten (Sell, 2009). Auch bei den Preisen hat Schlecker Probleme. Das Deutsche Institut für Servicequalität stellte 2009 bei einem Preisvergleich bei Drogeriemarkt-Ketten fest: *»Schlecker ist der Teuerste; günstig sind Rossmann, dm und Müller. Über alle 16 Produkte gesehen betrug der Unterschied zwischen Rossmann und Schlecker über 29 Prozent.«* (FAZ 17. 1. 2010). Schlecker fehle es mittlerweile an Marktmacht, um günstig genug einzukaufen: *»Bei den Lieferanten der Kernprodukte zählt Schlecker mittlerweile oft nur als zweit- oder drittwichtigster Abnehmer.«* (Roeb 2010). Zudem fehlt es bei Schlecker an den Eigenmarken, mit denen sich gutes Geld verdienen lässt; während bei seinen großen Konkurrenten mittlerweile bis zu 30 Prozent des Sortiments Eigenmarken (z. B. Balea bei dm) sind, sind es bei Schlecker (AS) nur etwa 15 Prozent. Außerdem weiteten die großen Lebensmittel-Discounter wie Aldi und Lidl ihren sogenannten Non-Food-Bereich kontinuierlich aus und bieten seitdem allerlei klassische Drogerie-Produkte billig an: Von Hygienepapieren bis hin zu Kosmetik, Reinigungs- und Pflegemitteln. Hinzu kommt, dass die Logistik für die Versorgung der Schlecker-Struktur wesentlich aufwändiger ist als bei der Konkurrenz.

Ein Weiter-So verbietet sich auch bei den Personalkosten: Die Personaldecke bei den Filialen ist so kurz, dass beim Ziehen daran sofort die Füße bloß liegen: In den meisten Filialen gibt es eine Vollzeitstelle für die Filialleitung sowie zwei Teilzeitstellen zu je 20 Stunden. Als Urlaubs- oder Krankheitsvertretungen werden Aushilfskräfte eingesetzt, auch auf kurzfristigen Abruf. Häufig ist eine Mitarbeiterin allein in der Filiale.

Das Stuttgarter Landgericht verurteilte 1998 das Ehepaar Schlecker wegen Betrugs zu je zehn Monaten Haft auf Bewährung und zu einer hohen Geldstrafe. Beide hatten nach Feststellung des Gerichts bis 1995 Hunderten Verkäuferinnen tarifgemäße Bezahlung vorgegaukelt, aber weniger bezahlt (Handelsblatt 5. 11. 2004). Schlecker geriet immer wieder wegen seiner extremen Personalpolitik in die Presse; die Konkurrenten waren da geschickter. Filialen ohne Telefone wurden für viele zum Markenzeichen für Schlecker. Um diesem Druck auszuweichen, schloss Schlecker 2001 mit ver.di einen bundesweit gültigen Anerkennungstarifvertrag, mit dem er die Anwendung des Einzelhandelstarifs akzeptierte.

Der kapitalistische Weg aus der Krise

Soviel ist klar: Das bisherige Geschäftsmodell der Familie Schlecker ist am Ende. Was folgt?

Zum einen kauft Schlecker zu: 2007 erwarb er die insolvente Kette »Ihr Platz«, die er als Zweitmarke weiter führen will. Ferner übernahm er 71 Ladenlokale nach der Insolvenz der Kaufhauskette Woolworth. Bis Ende 2010 will sich Schlecker nahezu vollständig aus den Niederlanden und Belgien zurück ziehen. Dadurch sind in beiden Ländern rund 600 Kolleginnen bedroht. In Belgien sollen 32 von 36 Filialen geschlossen werden, in den Niederlanden 100 Filialen und ein Depot (FAZ 5. 3. 2010).

Vor allem aber setzt Schlecker auf die Neugründung von sogenannten XL-Filialen und parallel dazu die Schließung bestehender AS-Märkte. Dabei will er zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: Das teure Tarifpersonal soll gehen, viele umsatzschwache Läden mit kleinem Sortiment entfallen und werden durch weniger Filialen mit üppigem Sortiment und schlechter entlohntem Personal ersetzt.

Um aus dem für ihn zu teuren Tarifvertrag mit ver.di zu entkommen, wurde Ende 2008 die Leiharbeitsfirma Meniar (Akronym aus Menschen-in-Arbeit) gegründet, die das Personal für die XL-Märkte rekrutieren sollte. Diese schloss mit einer dienstbereiten Christlichen Gewerkschaft einen Tarifvertrag, nach dem die Kolleginnen nur noch 6,78 Euro pro Stunde erhalten statt bisherigen 12,70 Euro. Außerdem bekommen sie zwei Wochen weniger Urlaub und weder Urlaubs- noch Weihnachtsgeld. Meniar beschäftigte zum Schluss mehr als 4 300 Leiharbeiterinnen. Es lag klar an der Sonne, dass Schlecker hier Schmutzkonkurrenz betrieb. Damit war der Unternehmer wieder einmal in den Negativschlagzeilen. Die öffentliche Empörung war groß und man muss kein Prophet sein, um zu vermuten, dass auch seine Konkurrenten wie Rossmann und Götz Werner hinter den Kulissen gegen ihn schossen. Jedenfalls waren auch die CDU und Bundesarbeitsministerin von der Leyen schnell in Stellung gegangen. Meniar stellte Anfang 2010 die Vermittlung an die AS- und XL-Märkte ein. Die schlechte Bezahlung der XL-Kolleginnen aber bleibt und Schlecker verhandelt nun mit ver.di mit dem Ziel, den christlichen Tarifvertrag zu säkularisieren. Schlecker passt sich im Übrigen den Bedingungen der jeweiligen örtlichen Arbeitsmärkte an: In einzelnen Fällen wurden auch Kolleginnen aus aufgegebenen AS-Filialen zu ihren bisherigen Konditionen von der XL-GmbH übernommen.

Der Stellenabbau bei Schlecker hat mehrere Aspekte: Da ist zum Einen die Entlassung von Kolleginnen, die bei der scharfen Konkurrenz im Einzelhandel und der »Verschleckerung« der Arbeitsbedingungen nur schwer einen neuen, geschweige denn gleichwertigen oder besseren Arbeitsplatz finden werden. Da ist aber auch das Wie der Entlassungen, denn Schlecker ist offenkundig daran gelegen, die Angelegenheit für sich so günstig zu regeln, wie möglich. D. h. keine teuren Abfindungen zahlen zu müssen, langwierigen Arbeitsgerichtsprozessen aus dem Weg zu gehen, Sozialpläne zu vermeiden. Ver.di Südhessen spricht in diesem Zusammenhang von Abmahnungswellen, die in bestimmten Phasen der Geschäftsentwicklung bei Schlecker zu beobachten sind und warnt in einem Informationsblatt Anfang März

2010 vor Fallen und bietet einen »Abmahnungsnotruf« an. Unabhängig von der Frage, ob einzelne Bezirksleiter gezielt Fallen stellen, um ihr möglicherweise von der Zentrale vorgegebenes Soll an Abmahnungen erfüllen zu können, sagt einem doch der einfache Menschenverstand, dass es unter den bekannten Arbeitsbedingungen in den AS-Filialen den Beschäftigten geradezu unmöglich ist, keine Fehler zu machen, nicht an dem einen oder anderen Punkt Anlass zu Bemängelungen zu geben.

Viel mehr Möglichkeiten, Kosten zu verringern hat Schlecker offenbar nicht. Der bürgerliche Ökonom Roeb sieht die Dinge sicher richtig, wenn er sagt: *»Wenn Schlecker zu viele kleine Filialen schließt, drückt das den Umsatz und die Macht im Einkauf. Schließt er zu wenig, hat er nach wie vor ein Kostenstrukturproblem.«* Zugleich geht er davon aus, dass Schlecker auch mit seinen XL-Märkten nicht so umsatzstark ist wie dm und Rossmann (FAZ 13. 1. 2010).

Die Kolleginnen wehren sich

Die Betriebsratswahlen in diesem Jahr waren sicherlich eine Möglichkeit, sich über die Stimmung der Kolleginnen in den AS-Märkten ein Bild zu machen. Im Bezirk Darmstadt, der die Stadt und den Landkreis Darmstadt-Dieburg umfasst, kandidierten 25 Kolleginnen auf einer Liste, die auf einer Mitgliederversammlung von ver.di aufgestellt wurde. Die Wahlbeteiligung war mit 89 Prozent hoch: Bei insgesamt 147 Wahlbeteiligten wurden 130 gültige Stimmen abgegeben. Sieben ver.di-Kolleginnen wurden gewählt.

Gleichwohl lässt sich hier nicht genau erkennen, wie stark noch der Einfluss der Unternehmensleitung auf die Kolleginnen ist. Auf der verdi-Liste kandidierten bekanntermaßen auch sogenannte U-Boote der Geschäftsleitung, die nicht mit einer eigenen Liste antreten wollten. Eine ver.di-Liste gegen eine quasi Unternehmer-Liste hätte gewiss eine Politisierung der Wahl bewirken können – eine Entscheidung für oder gegen den Unternehmer. Vermutlich hielt die Unternehmerseite es für einen geschickten Schachzug, die Auseinandersetzung mehr auf der persönlichen Ebene zu belassen – die Kollegin A gegen die Kollegin B, um aus den vorhandenen Sympathien bzw. Antipathien Vorteil zu ziehen und über die Mundpropaganda ihre Wunschkandidatinnen zu fördern. Kurz vor Ende der Einreichungsfrist für die Wahlvorschläge reichte dann eine Kollegin mit Billigung von ver.di eine zweite Liste ein und es gab doch Listenwahl. Schlussendlich wurden sowohl diese Kollegin, als auch die ersten sechs Kandidatinnen der offiziellen ver.di-Liste in den neuen siebenköpfigen Betriebsrat gewählt. Die U-Boote sind versenkt und die Bezirksleitung von Schlecker zieht ein langes Gesicht. Welche Folgen dies für den Zusammenhalt der Kolleginnen insgesamt haben wird, wird man sehen. Wichtig ist, dass der neu gewählte Betriebsrat den Widerstandswillen der Belegschaft gegen die weiteren Angriffe des Unternehmers repräsentiert.

Die Tarifverhandlungen zwischen ver.di und Schlecker gingen am 31. März in die dritte Runde. Schleckers Angebot lag deutlich unter den Erwartungen von ver.di. Daher wurden die Verhandlungen ergebnislos abgebrochen; sie sollen am 5. Mai fortgesetzt werden. Am 16. April trifft sich die ver.di-Tarifkommission in Frankfurt, um das weitere Vorgehen zu beraten. Hauptforderungen von ver.di sind: Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen wegen Umbau/Neuausrichtung des Filialvertriebsnetzes und der Logistik beim Unternehmen Schlecker; Weiterbeschäftigungsgarantie im Konzern unter unveränderten Bedingungen; Erhalt der Betriebsrats-/Gesamtbetriebsrats-Strukturen AS mit XL; Anwendung der ver.di-Flächentarifverträge in allen Vertriebsformen und im Logistikbereich; Abschluss eines Sozialtarifvertrages, der bei Schließung von Betrieben und Betriebsteilen zur Anwendung kommt.

Die Frage ist: Wird für diese Forderungen auch gestreikt werden? Es gibt Stimmen in der Verhandlungsführung bei ver.di, die die Bereitschaft Anton Schleckers zu Zugeständnissen offenbar weit überschätzen und die einen Streik für zu kostspielig halten. Dass Anton Schlecker verhandelt, ist eine Reaktion auf den Druck der Kolleginnen und die Kritik auch aus dem bürgerlichen Lager an dem Lohndumping. Sobald der Druck nachlässt, wird auch seine Bereitschaft zu Zugeständnissen verschwinden. Sicher wird Schlecker unterschreiben, wenn man ihm nur weit genug entgegen kommt. Wollen die Kolleginnen allerdings ernsthaft ihre Interessen durchsetzen, werden sie an einem heftigen Kampf nicht vorbei kommen. Schlecker hat in der Vergangenheit stets gezeigt, dass er mit harten Bandagen kämpft und der Erfolg hat ihm Recht gegeben. Warum sollte er sich jetzt ändern? Stand 7. April 2010 ■

■ **Die Bremer Aktionen zu Emmely und Schlecker**

Flashmobs und »Stromausfall« bei Bremer XL-Märkten

Zwei Flashmob-Aktionen bei den ersten beiden Schlecker XL-Märkten mit Beteiligung zwischen 120 und 150 Menschen haben in den vergangenen Monaten in der Stadt und in der politischen Öffentlichkeit für Aufsehen gesorgt.

Flashmob direkt am Tatort: im ersten Bremer Schlecker XL-Markt

Bei der ersten Aktion am 28. November 2009 sickerten etwa 100 TeilnehmerInnen unauffällig in den Laden ein und bildeten Schlag 11.00 Uhr eine Versammlung zum Thema Schlecker XL und Niedriglöhne. Den zwei Security-Leuten und der Geschäftsleitung gelang es nicht, an die Lautsprecheranlage zu kommen. So konnten eine halbe Stunde lang direkt »am Tatort« Menschen aus unterschiedlichen Bereichen der Arbeitswelt in einer dichten Atmosphäre über ihre eigenen Erfahrungen berichten. Ein Hafenarbeiter vom Komitee »Wir sind der GHB« schilderte: *»Lohnkürzungen von 14 bis 18 Euro auf 8 Euro. Davon kann niemand eine Familie ernähren«. »Schlecker ist kein Einzelfall – bei mdexx wehren sich die Beschäftigten gerade gegen den Abtransport der Maschinen«,* berichtete ein Kollege. Eine Taxifahrerin: *»die Leute haben weniger Geld zum Taxifahren. Manchmal nehme ich in einer Schicht von 12 Stunden ganze 30 Euro ein«. »Klar ist, da hilft es nur, wenn viele zusammen stehen, um das zu ändern. Deshalb werden weitere Aktionen folgen – auch beim nächsten XL-Markt, der in Bremen 2010 eröffnet werden soll«,* formulierte eine Aktivistin des Bremer Bündnisses »Wir zahlen nicht für eure Krise«. Auch ein Hinweis an die Adresse der Security-Leute, deren Lohn ebenfalls nur 6,38 Euro betrug, fehlte nicht. Sprechchöre wie »Schlecker XL – Negativmodell« unterbrachen die Reden. »Rote Karten für Schlecker« wurden verteilt, Schilder hochgehalten.

Draußen hatten inzwischen AktivistInnen mit Transparenten und Schildern die Aufmerksamkeit von PassantInnen auf sich gezogen. In aller Ruhe verließen die TeilnehmerInnen nach 25 Minuten die Filiale und formierten sich zu einem spontanen Demonstrationszug durch Gröpelingen.

Gegen »Verschleckerung« der Arbeitsbedingungen

Eine zweite Aktion fand gut zwei Monate später am Eröffnungstag des zweiten Bremer XL-Marktes statt – diesmal vor dem verrammelten und von Polizei und Security geschützten Laden: Schlecker hatte sich mit stundenlangem »Stromausfall« aus der Affäre gezogen und auf sein Eröffnungsgeschäft verzichtet. Das war zwar nicht ganz so prickelnd für die TeilnehmerInnen, der Zweck der Lahmlegung der Filiale war aber erfüllt – und es gelang auch hier eine Beteiligung von Vertretern aus Betrieben, von ver.di, Linkspartei, AktivistInnen aus Mayday- und Krisenbündnis, SchülerInnen sowie einigen Menschen aus der Nachbarschaft.

Am Anfang stand die »Emmely«-Kampagne«

Diese beiden Höhepunkte waren nicht denkbar ohne eine monatelang aufgebaute Kampagne rund um die Verhältnisse bei Schlecker, im Einzelhandel überhaupt, im Niedriglohnbereich und eine breite Mobilisierung in sehr unterschiedlichen politischen Kreisen und in der Bevölkerung.

Angefangen hatte es im Sommer mit einer Solidaritäts-Kampagne mit »Emmely«, der Berliner Kassiererin, die wegen angeblicher Pfandbon-Unterschlagung von 1,30 Euro entlassen worden war und die mit Unterstützung eines Komitees den Kampf gegen die »Verdachtskündigungen« aufgenommen hat und nun seit zweieinhalb Jahren führt.

Mit vier Pfandsammelaktionen vor Supermärkten oder Einzelhandelszentren in verschiedenen Stadtteilen hat das aus dem Sozialforum 2008 hervorgegangene Mayday-Bündnis[1] eine solche Aktion von Avanti Hamburg aufgegriffen.

Von Anfang an war das Medienecho unerwartet groß: auf den Info-Stand im Arbeiterstadtteil Gröpelingen hatte das Radio schon morgens hingewiesen, Zeitungen und das Lokalfernsehen berichteten. Spenden und Unterschriften unter die Petition zur Abschaffung von Bagatellkündigungen wurden gesammelt. Den AktivistInnen war aber besonders wichtig, dass sich rund um den Stand viele Gespräche mit PassantInnen entwickelten, von denen viele eigene Erfahrungen im Einzelhandel und mit vergleichbaren Arbeitsbedingungen gesammelt hatten. Das Bedürfnis über die Erfahrungen und Probleme ihrer Arbeitswelt zu sprechen war deutlicher spürbar als bei früheren Info-Tisch Erfahrungen. Zwar hörte man auch mal *»Man kann ja doch nichts machen«*, aber es überwogen wirklich interessierte Menschen.

Diese Erfahrungen wiederholten sich bei den anderen Info-Ständen, wo die Bereitschaft Emmely durch die Unterschrift zu unterstützen und zu spenden noch größer war. Viele Menschen waren schon informiert und hatten sich aufgrund der großen Öffentlichkeit schon vorher mit der Frage von Verdachtskündigungen und dem Umgang von Unternehmen mit den KollegInnen beschäftigt.

Höhepunkt der »Emmely«-Kampagne war die Veranstaltung am 5. August, auf der der Film »Ende der Vertretung – Emmely und der Streik im Einzelhandel« gezeigt wurde. Die Veranstaltung war mit 65 Leuten gut besucht: Dass sie nicht folgenlos endete, lag aber daran, dass es gelungen war, zwei Schlecker-Betriebsrätinnen und den ver.di Sekretär für den Handel Richard Schmid für die Teilnahme zu gewinnen. In der Diskussion erfuhren wir erstmals vom Schlecker XL Konzept und seinen Folgen für die Beschäftigten – in den alten und neuen Filialen.

Daraus hat sich eine dauerhafte Zusammenarbeit mit Schlecker-Betriebsrats-Kolleginnen und ver.di Sekretär Richard Schmid bei den Bremer Aktivitäten rund um Schlecker XL entwickelt. Schlecker und Einzelhandel ist seitdem fester Bestandteil der Arbeit im Mayday- und seit Herbst 2009 auch im Bremer Bündnis »Wir zahlen nicht für eure Krise« geworden. Ebenso das Thema Leiharbeit, das schon vorher in Bremen aufgegriffen worden war. Gerade für viele junge Beteiligte war dies ein Einstieg in Probleme der Arbeitswelt, zu denen sie sonst keinen Zugang hatten.

Nichts ohne die Schlecker-Kolleginnen

Als bekannt wurde, dass im Stadtteil Schwachhausen Anfang 2010 der 2. Bremer XL-Markt im nobleren Schwachhausen eröffnen sollten, waren wir schon im Vorfeld mit Transparent und Flugblättern zur Stelle, um auch vor Ort zu informieren und zu mobilisieren. Manche nahmen gleich Blätter für ihren ganzen Wohnblock mit. Die Gespräche zeigten, dass oft nur noch Detail-Informationen zum Umgang von Schlecker mit den Beschäftigten nötig waren. Viele Menschen boykottierten Schlecker längst individuell – mehrere PassantInnen fragten, was man denn darüber hinaus tun könne, um tatsächlich die wichtigsten Forderungen für XL-Märkte durchzusetzen:

- Das Personal der geschlossenen Filialen muss zu den alten Bedingungen übernommen werden.
- Die für Schlecker geltenden Tarifverträge müssen auch für XL-Märkte gelten.
- Schlecker-Betriebsräte müssen auch für XL-Märkte zuständig bleiben.

Das war der Auslöser für die Überlegung, einen Schritt weiter zu gehen mit spektakulären und spürbaren Aktionen im Laden selbst – die Flashmob-Idee war geboren – und wurde von ver.di und den aktiven Schlecker-Kolle-

1 Das im November 2008 gegründete Bündnis hatte am 1. Mai 2009 in Bremen eine erste »Euro-Mayday«-Parade durchgeführt.

ginnen begrüßt. Sie mobilisierte nicht nur die Bündnis-AktivistInnen und die inzwischen gewonnenen einzelnen Kontakte im Einzelhandel, im Hafen und in Betrieben, sondern bezog auch junge AktivistInnen aus anderen Spektren mit ein. So kam es zu der bunten Mischung zwischen AktivistInnen und ver.di-KollegInnen, Nachbarschaft, Jungen und Alten. Flashmob-Aktionen waren es nur bedingt, denn es wurde beide Male auch die Nachbarschaft mobilisiert. Schlecker und die Polizei konnten davon erfahren – und erfuhren es auch.

Die Medien waren schon Ende November begierig auf die Aktion, hatten fast darauf gewartet – schon bevor die bundesweite öffentliche Schlecker-Schelte von Medien und Politik im Januar so richtig loslegte.

Sozialbündnisse und ver.di

Ver.di Handel Bremen hatte zusammen mit den Schlecker-Kolleginnen die Bemühung des Mayday-Bündnisses um Kontakt aufgegriffen, weil ihre personellen Möglichkeiten und Mobilisierungsfähigkeit sehr begrenzt sind. Sie brauchen Unterstützung von außen und von Leuten, die nicht nur die stumpf gewordenen Formen gewerkschaftlichen Protestes nutzen. Flashmob z.B. soll auch als gewerkschaftliche Aktionsform etabliert werden – dazu bedarf tatsächlicher Beispiele und »Gewöhnung« verschüchterter KollegInnen an etwas Neues. Deshalb lud ver.di auch Mayday-AktivistInnen zu einer flashmob-artigen halbstündigen Blockierung des Eingangs eines Real-Marktes ein, der von Schließung bedroht ist.

Erfolg und Grenzen der Kampagnen

Der sichtbare Erfolg der Aktivitäten ist neben der breiten und intensiven Mobilisierung auf die Ausweitung des Themas zurückzuführen. Wir haben sowohl bei der Emmely-Aktion als auch bei der Schlecker-Kampagne in Flugblättern und Diskussionen stets auf größere Zusammenhänge hingewiesen: Wenn Schlecker damit durchkommt, wird das auch bei anderen Discountern und anderen Wirtschaftsbereichen Schule machen. Auch andere »Billigheimer« halten Tarifverträge nicht ein. Zu diesen gehören Aldi, KiK und Lidl, aber auch viele namhafte Unternehmen wie etwa C & A, Peek & Cloppenburg, Woolworth, Hornbach, Ikea, Netto, Norma, Rossmann und Tchibo. Und in allen Branchen wird die Krise von Unternehmen genutzt, Löhne zu drücken und ArbeitnehmerInnenrechte einzuschränken.

Auch der zynische Hinweis, Beschäftigte könnten sich den fehlenden Lohn ja vom Job-Center holen – also die Abwälzung von Lohnkosten auf die Allgemeinheit – wurde thematisiert. Es ist ja nicht nur der oft zitierte »Steuerzahler«, der dafür aufkommen muss: Lohnsenkungen wirken sich auch auf die Höhe von Renten und ALG II aus. Und niedrige Einkommen führen zu niedrigeren Steuereinnahmen der Kommunen. Die Folge: Das Geld fehlt für öffentliche Einrichtungen von Nahverkehr bis Sporteinrichtungen, Kitas und Schulen.

Begrenzt ist der sichtbare Erfolg für Schlecker-Beschäftigte: Schlecker musste zwar auf den öffentlichen Druck aus Politik, Wirtschaft und medienwirksamen Aktionen reagieren, seine Leiharbeitsfirma »Meniar« schließen und Verhandlungen mit ver.di über einen Beschäftigungssicherungs- und Sozialtarifvertrag aufnehmen, sein XL-Konzept zieht er aber mit kleinen Änderungen weiter durch und die Kolleginnen in den Filialen und im Betriebsrat stehen nach wie vor mit dem Rücken zur Wand.

Die aktiven Schlecker-Betriebsrätinnen fühlen sich in ihrer Auseinandersetzung mit dem Unternehmer gestärkt und unterstützt, über Medien und über Betriebsratsstrukturen gehen Informationen in andere Städte. Aber viele Kräfte der Betriebsrätinnen werden gebunden, weil Schlecker ständig ihre Arbeit behindert, ihre Löhne kürzt, Kosten nicht übernimmt, dem Wahlvorstand Knüppel zwischen die Beine wirft usw. Ständig sitzen Betriebsrätinnen bei der Einigungsstelle oder bei Gericht. Diese Kräfte fehlen bei der Arbeit unter den Kolleginnen zur Information, Ermutigung und Organisierung – die in einem System kleiner Filialen ohnehin sehr schwierig und aufwändig ist.

Auch kann mit Kampagnen nicht verhindert werden, dass Schlecker jederzeit Kolleginnen unter Druck setzt, abmahnt oder kündigt, sie bei Versetzungen und Verträgen übers Ohr haut, solange sich Kolleginnen nicht selbst stark genug zum Widerstand fühlen. Die Parole »Hände weg vom Kugelschreiber« wird noch zu wenig beherzigt.

Es konnte auch nicht verhindert werden, dass in Bremen drei Kolleginnen entlassen wurden, denen die Absicht unterstellt wurde, eine Betriebsratswahl im zweiten Bremer Bezirk zu planen. Anton Schlecker hat seine ZuträgerInnen überall und reiste sogar persönlich 700 km weit, um mit Fangfragen einen Kündigungsgrund zu produzieren. Die Entlassung hätte in Bremen Aufsehen erregen können, die Kolleginnen haben aber ihrer Kündigung mit Abfindung nicht widersprochen.

Wenn die Kampagnen auch an anderen Orten aber ein kleines Stück dazu beitragen können, das Bewusstsein einer gemeinsamen (Klassen-)Lage in der Bevölkerung zu verbreitern und dass es darauf ankommt, Öffentlichkeit zu suchen, auch KundInnen mit einzubeziehen, sich zu wehren, anstatt alles schweigend zu schlucken, sind sie ein wirksames politisches Mittel.

In Bremen sind vom Mayday- und Krisenbündnis Aktionen vor und am 1. Mai zu Niedriglohn, Leiharbeit und Hartz IV in ihrem Zusammenhang geplant. Und nach jeder Aktion immer wieder Bestandsaufnahme und die Frage: wie weiter auf dem Weg zur Schaffung von breitem Widerstand im Einzelhandel, im Hafen und anderswo?

Stand 18. April 2010 ■

■ **Sozialpartnerschaft und Co-Management von VW in Braunschweig**

Gewerkschaftliche Mitbestimmung im Interesse der Unternehmensleitung

Offiziell erklärte Absicht von Hartz IV war die schnellere und bessere Eingliederung der Erwerbslosen zur Senkung der Arbeitslosenzahlen. Das sollte unter anderem durch die Schaffung eines breiten Niedriglohnsektors geschehen, dem eigentlichen Ziel der Arbeitsmarktreformen. Entscheidende Wettbewerbsvorteile für das deutsche Kapital konnte der Niedriglohnsektor nur bieten, wenn er nicht auf den Dienstleistungsbereich beschränkt blieb, er musste auch auf den industriellen Bereich ausgedehnt werden.

Im Gegensatz z.B. zum Einzelhandel, wo Konzerne dies ohne bzw. gegen die Gewerkschaften und – falls überhaupt vorhanden – gegen die Betriebsräte durchsetzten, war in der Industrie die Einbindung der Gewerkschaften (insbesondere der IG Metall) und deren Mitbestimmungsträger sowie der Betriebsräte notwendig. Das Instrument blieb das gleiche – die Einführung und Ausweitung der Beschäftigung mit befristeten Verträgen, von Zeit- und Leiharbeitern. Die gesetzlichen Grundlagen dafür wurden ebenfalls von der rot-grünen Bundesregierung mit den Hartz-Bestimmungen zu den Personal-Service-Agenturen im Jahr 2003 gelegt.

Ein weiteres Hemmnis bildete vor allem in der Metallindustrie der Flächentarifvertrag. Eine Gesetzesinitiative der Union zielte deshalb darauf ab, es den Geschäftsleitungen und Betriebsräten zu erlauben in Betriebsvereinbarungen den Flächentarif zu unterschreiten. Als Bundeskanzler Schröder drohte, die Initiative zu übernehmen, schloss die IGM im Februar 2004 im Verlauf der Tarifrunde mit dem Bundesverband der Metallarbeitgeber das Pforzheimer Abkommen. Es ermöglicht die betriebliche Abweichung vom Tarif, wobei die zuständigen Instanzen der IG Metall zustimmen müssen. Mit dieser Vereinbarung ging die IGM dem politischen Konflikt mit der Bundesregierung und der Parlamentsmehrheit aus dem Wege und ordnete sich deren Absichten unter. Sie sicherte sich damit allerdings ein Mitentscheidungsrecht. Was seither an betrieblichen Unterschreitungen des Flächentarifes vereinbart wurde, fand also in enger Absprache zwischen Betriebsräten und den zuständigen Vorständen in der IG Metall statt.

Wer heute selbst als Facharbeiter aus der Erwerbslosigkeit einen neuen Arbeitsplatz findet, muss sich in der Regel mit einem befristeten Arbeitsvertrag oder der Anstellung in einer Leiharbeitsfirma begnügen. Sein Lohn liegt erheblich unter dem der durchlöcherten Flächentarife. So wurde nicht nur ein breiter Niedriglohnsektor geschaffen, sondern das Lohnniveau insgesamt abgesenkt. Durch die Leih- und Zeitarbeit wurde und wird der Druck auf die Löhne der alten Stammbelegschaften zunehmend verstärkt. Zugleich wurde die Spaltung innerhalb der Belegschaften vertieft, wobei die Beschäftigten mit befristeten Verträgen oder aus Leihfirmen der Erpressung von Unternehmensseite schutzlos ausgeliefert sind, weil auch der bestehende Kündigungsschutz über diese Arte der Beschäftigung praktisch ausgehebelt wurde.

Die Mitbestimmung in der Montanindustrie und andere Mitbestimmungsformen in der verarbeitenden Industrie haben die kapitalistische Entwickelung nicht bremsen können, im Zuge der »Globalisierung« schon gar nicht. Für die IG Metall und deren Mitbestimmungsträger in den Unternehmen (Arbeitsdirektoren, Aufsichtsratsmitglieder und Betriebsräte) waren die Sicherung des Standortes im internationalen Wettbewerb das ausschlaggebende Motiv, um den erforderlichen Maßnahmen zuzustimmen oder sie gar selbst einzufordern und voranzutreiben.

Das Programm 5000x5000 bei VW: der Einstieg in den Ausstieg vom Haustarif

Der VW-Konzern mit dem Land Niedersachsen als Anteilseigner gilt als Vorzeige-Objekt der Mitbestimmung und für den Einfluss politischer und gewerkschaftlicher Vertreter auf die Unternehmensentscheidungen. Als Wohltat für die Erwerbslosen und Zukunftsmodell wurde im August 2001 das Modell 5000 x 5000 von den Beteiligten gelobt und gefeiert. Was in der Öffentlichkeit weitgehend verschwiegen oder nicht wahrgenommen wurde, das waren die gewerkschaftspolitischen Konsequenzen des vereinbarten Modells. Erstmals konnte der VW-Konzern für die Automobilproduktion Arbeitskräfte einsetzen, die unter dem geltenden Haustarifvertrag entlohnt wurden und in einer eigens für diesen Zweck gegründeten Firma Auto 5000 GmbH eingestellt wurden, ein Beispiel, das in den Folgejahren immer umfassender und brutaler angewandt werden sollte. Mittlerweile hat wohl fast jeder große Konzern Teile der Produktion in Tochterunternehmen ausgegliedert und verfügt über hauseigene Leiharbeitsfirmen als Billiglohnanbieter. Zwar wurden unterdessen die ArbeiterInnen der Auto 5000 GmbH in den VW- Haustarif II eingegliedert, aber dafür gibt es ja mittlerweile die Autovision als VW eigene Billigfirma und die Wolfsburg AG als Zeitarbeitsfirma.

Als Wohltäter für die nun bei VW in Lohn und Brot stehenden Erwerbslosen (mehr als 3500 wurden nie eingestellt) ließen sich damals feiern: »Autokanzler« Schröder, der von der IG Metall bestellte Arbeitsdirektor Peter Hartz, der Konzernbetriebsratsvorsitzende Klaus Volkert usw. Hartz und Volkert wurden wenige Jahre später zum Symbol der Korruptheit von gewerkschaftlichen Interessenvertretern bei VW. Die Enthüllungen über Lustreisen mit Prostituierten, Bestechung von Betriebsräten durch den Arbeitsdirektor Hartz etc. sind nur die Spitze des Eisbergs, darunter verbirgt sich ein enges Geflecht von Vorteilen, Beziehungen und Abhängigkeiten, wie sie sich in den Jahrzehnten bundesdeutscher Mitbestimmung herausgebildet und verfestigt hat.

Betriebsräte, Gewerkschaften und SPD

Die in den Korruptionsskandal verwickelten Vertreter, einschließlich des Arbeitsdirektors Hartz, waren nicht nur Mitglieder der IG Metall sondern auch der SPD. Die IG Metall und andere Gewerkschaften werden in ihrer Organisationsstruktur von der SPD beherrscht. Auch wenn sich dies auf unterer und mittlerer Funktionärsebene inzwischen gelockert hat, für gewerkschaftliche Leitungsfunktionen in den Vorständen ist das Parteibuch immer noch Eintrittskarte und Voraussetzung. So werden die Vorsitzenden der DGB-Gewerkschaften (Ausnahme Frank Bsirske, Grüner)

regelmäßig zu Sitzungen des Gewerkschaftsrates der SPD bestellt.

Zur Erhaltung seines Einflusses akzeptiert der IG Metall Vorstand die korruptesten Betriebsratsleitungen und Arbeitsdirektoren, wie das Beispiel VW zeigt. Hat der IG-Metall-Vorsitzende als zweiter Vorsitzender des Aufsichtsrates nichts bemerkt? Haben die Mitbestimmungsträger auf der Arbeitnehmerseite nichts gehört und gesehen? Die Kehrseite der Mitbestimmung ist die Korruption. Sie beginnt bei kleinen Vorteilen für Betriebsräte (und sei es nur die Tagschichtarbeit) und endet im Vorstand bei den Arbeitsdirektoren mit exorbitanten Gehältern und Boni und bei den Tantiemen der Aufsichtsratsmitglieder. Ein beredtes Zeugnis dafür sind die Arbeitnehmervorbesprechungen zu den Aufsichtsratssitzungen, die oft in großer Gemeinsamkeit mit den Vertretern der Anteilseigner und mit den Vorstandsmitgliedern in geselliger Runde enden.

Es ist gängige Praxis, dass in vielen Großbetrieben nur noch die engste Betriebsratsspitze mit dem Vorstand verhandelt. Der übrige Teil des Betriebsrates wird hernach informiert und mit gewissen Vergünstigungen «ruhig« gestellt. Es gibt BR- Vorsitzende, die in ihrem vom Arbeitgeber eingerichteten Luxusbüro, ausgestattet mit Dienstwagen und Fahrer, sich wie Manager gebärden und sich gegenüber den BR-Kollegen nicht anders verhalten als gewisse Abteilungsleiter. Ergänzt wird dieses System durch stark differenzierte Entlohnung der Betriebsräte.

Die Unterordnung und Einbindung der Betriebsratstätigkeit in die Unternehmensziele und die Standortsicherung wird bei VW seit Beginn der 90er Jahre vorangetrieben. Peter Hartz würdigte dies zum 60. Geburtstag von Wolfgang Klever, dem damaligen Betriebsratsvorsitzender von VW Braunschweig:

»Von der Gegenmacht zum Mitmachen«

»Am Ende zählt: Erfolg durch Wiederwahl. Und stets besteht über das Informations- und Versammlungsrecht im Betrieb die Chance zum Meinungsmonopol … Kommt noch das Aufsichtsrat-Mandat hinzu, … entsteht möglicher weise eine Aura eigener Unangreifbarkeit. … So wächst dem Betriebsrat eine überragende Macht in der Willensbildung im Unternehmen zu. Weniger die harten Rechte des Betriebsverfassungsgesetzes sind es, … sondern die Gefahr, dass Macht zu sorgloser Gegenmacht mutiert, die Unternehmer und Anleger schreckt, wenn es um die deutsche Mitbestimmung geht. … Gerade deshalb ist es ein hohes Gut der Betriebsräte-Entwicklung in Deutschland, dass aus Gegenmacht ein Mitmachen wurde. Das Geheimnis der Mitbestimmung war, dass das dauerhafte Dabeisein organisiert wurde – ein Mitmach-Marathon von Sitzung zu Sitzung, Fachausschuss zu Fachausschuss und Zustimmung zu Zustimmung prägt das Amt über die Jahre. Und die Betriebsratsquellen reichen über Vertrauensleute und Mitstreiter bis in die letzte Verästelung eines Unternehmens. Betriebsratsprofis erleben – hinter der Bühne – keine Überraschungen mehr. Die Mitbestimmung wurde so allmählich durch ein Dauertraining der Mitberatung, Mitsprache und Mitverantwortung zur Unentrinnbarkeit für das Mitmachen in der Unternehmenspolitik.« (Peter Hartz in: Vom Klassenkampf zum Co-Management?, VSA-Verlag, 2000)

Der zitierte Artikel gibt nicht nur Auskunft darüber, wie es gelungen ist, die Betriebsratsspitzen internationaler Konzerne in deren Strategie einzubinden, er legt auch das Selbstverständnis dieser Mitbestimmungsträger offen. *»Das mehrjährige, manchmal bis zur Pensionierung andauernde Mandat wird zur schärfsten Waffe in der Interessenvertretung. Es trotzt dem Gegenüber eine Verhaltensweise ab, die schlicht lautet: an ihm ... komme ich nicht vorbei.«* (Peter Hartz) Dieses Selbstverständnis, der Glaube an die eigene Unentbehrlichkeit bei der Sicherung von Standorten und Arbeitsplätzen, ist nicht allein gebunden an das SPD-Parteibuch. Wolfgang Klever, BR-Vorsitzender in Braunschweig von 1988 bis 2002, war ehemals Mitglied der DKP. Über seinen Parteiaustritt gab es zwei mögliche Spekulationen, entweder war es die allgemeine Austrittswelle Ende der 80`er Jahre, oder die Sozialdemokraten haben darauf bestanden, damit sie ihn mit zum Vorsitzenden wählen konnten. Sein Nachfolger, Uwe Fritsch, ist Mitglied im Parteivorstand der DKP. Er setzte die Betriebsratspolitik seiner Vorgänger fort. Bereits vor seiner Kür zum BR-Vorsitzenden schrieb er im September 1999 in »Z – Zeitschrift Marxistische Erneuerung«:

»Damit diese maßgeblich vom Betriebsrat vorangetriebenen Umstrukturierungen durchgesetzt werden konnten, wurde die Einbeziehung des Konzernvorstandes erforderlich. Auf durch Initiative des Betriebsrates zustande gekommenen, sogenannten Standortsymposien werden seit 1992 jährlich gemeinsam zwischen Vorstand, Werkmanagement und Betriebsrat die aktuelle Werksituation und notwendige Veränderungen beraten. … Die Umsetzung dieser dort beratenen Maßnahmen erfolgt innerhalb des Werkes in enger Absprache zwischen Management und Betriebsrat. Es gibt praktisch keine Entscheidung von elementarer Bedeutung ohne Zustimmung des Betriebsrats.«

VW Braunschweig: Betriebsratspolitik im Dienste der Standortsicherung

»Die Frage stellt sich deshalb, ob unter diesen Bedingungen eine Politik der Zusammenarbeit im Interesse der Arbeitenden sinnvoll ist. Dies gilt insbesondere für die hier dargestellte Politik eines Betriebsrates, der sich, angesichts der ansonsten aussichtslosen Situation, bewusst auf die Diskussion und Regelung betrieblicher Probleme auch unter dem Blickwinkel betriebswirtschaftlicher Argumente einlässt. Die von uns gemachten Erfahrungen führen dazu, dass wir diese Frage bei aller angebrachten Skepsis bejahen. Ohne die in den letzten Jahren gemachte Arbeit, und dazu gehören auch die eingegangenen Kompromisse, würde dieses Werk, wenn überhaupt, nur noch als Rumpf mit entsprechend niedrigen Standards existieren. … Eine auf Konsens und Kompromiss begründete Politik, die im übrigen das Grundmuster der Betriebsverfassung darstellt, kann nur solange wirksam sein, wie sich beide Seiten Vorteile erhoffen können: Arbeitsplätze zu annehmbaren Bedingungen auf der einen Seite, Profit sowie auch die Erwartung von strategischen Vorteilen durch eine konzerneigene Komponentenfertigung auf der anderen. Dazu kommen die vielfach beschriebenen Eigeninteressen des örtlichen Managements … Insofern bestehen sehr wohl partielle Interessenidentitäten zwischen Management und Interessenvertretung, die aufgrund der Einbettung in andere Zusammenhänge nicht statisch sind und ständig neu geschaffen werden müssen.«

Die Betriebsratsarbeit unter dem Blickwinkel betriebswirtschaftlicher Argumente endet am eigenen Werkstor; sie versperrt den Blick auf gesellschaftliche Zusammenhänge und auch auf die gewerkschaftlichen und politischen Wirkungen des eigenen Handelns. Weder Betriebsräte noch Gewerkschaften können innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung Arbeitsplätze auf Dauer sichern oder gar neue schaffen. Entscheidend ist und bleibt die Stellung des Unternehmens auf dem heftig umkämpften Weltmarkt, der in der Automobilsparte angesichts der Produktionskapazitäten längst gesättigt ist. Hier versuchen alle Konzerne sich Vorteile zu verschaffen: durch Erhöhung der Produktivität, durch Intensivierung der Arbeit, durch Ausweitung der Arbeitszeiten (z.B. die Einbeziehung des Samstags als

Regelarbeitstag), durch die verschiedensten Methoden zur Senkung der Lohnkosten und durch den Preisdruck auf die Zulieferer. Die müssen diesen Druck auf ihre Beschäftigten abwälzen. Der Vorteil bleibt ein vorübergehender, zwingt er doch die Konkurrenz bei Strafe des Untergangs nachzuziehen. Während auf der einen Seite der Reichtum – Produktivität und Kapital – beständig wächst, nimmt auf der anderen Seite Armut und Elend zwangsläufig zu, weil immer weniger Arbeitskräfte benötigt werden und bei den verbliebenen die Standards (Löhne und Arbeitsbedingungen) im Interesse der Standortsicherung immer weiter abgesenkt werden. Die Krise kann vorübergehend gelöst werden, indem überflüssiges Kapital vernichtet wird, während die Methoden der »Krisenlösung« bereits den Keim einer neuen, verschärften Krise in sich tragen.

Anpassung bis zur Selbstaufgabe?

Die Interessenvertretung im Rahmen der Standortsicherung hat verheerende gesellschaftliche und gewerkschaftliche Auswirkungen, auch wenn die überwiegende Mehrheit der Stammbelegschaften diesen Weg der Kooperation mit der Unternehmensführung noch mitgeht. Arbeitsplätze, die am eigenen Standort durch Verzicht »gesichert« werden können, gehen zwangsläufig an anderen Standorten oder bei der Konkurrenz verloren. Immer mehr Beschäftigtengruppen (Leih- und Zeitarbeiter) werden zur Manövriermasse des Unternehmens, die auch in der Interessenvertretung durch den Betriebsrat nach hinten geschoben oder ausgegrenzt werden. Alte gewerkschaftliche Losungen wie »Lohnverzicht sichert keine Arbeitsplätze« und »gleicher Lohn für gleiche Arbeit« bleiben Parolen für die »Schönwetterzeiten« im Kapitalismus, denen in Krisenzeiten keine Bedeutung mehr zukommt.

In den Zeiten des »Rheinischen Kapitalismus«, in Zeiten konjunkturellen Aufschwungs und vorhandener »Verteilungsspielräume« waren für die gewerkschaftlichen Interessenvertreter in den Betriebsräten noch die materiellen Interessen der Beschäftigten Ausgangspunkt ihrer Überlegungen. Diesen Interessen versuchten sie in »fairen« Kompromissen mit der Gegenseite Geltung zu verschaffen. Das Unternehmerlager honorierte dies durch Zugeständnisse an ihre Belegschaften und deren Vertreter. Die Wahrung des sozialen Friedens wurde zum Wettbewerbsvorteil auf dem Weg der deutschen Industrie zum Exportweltmeister und die Sozialpartnerschaft deklarierte man zum deutschen »Exportschlager«. Die Gewerkschaften und die Betriebsräte sahen sich als anerkannte Partner von Unternehmen und Regierung. Diese Anerkennung bildet die politische Grundlage ihres Wirkens, an der sie unter allen Umständen festhalten müssen.

Die Zeiten allerdings, in denen das Kapital trotz zahlreicher materieller Zugeständnisse an die Lohnabhängigen seine Stellung auf dem Weltmarkt ausbauen und behaupten konnte, sind lange vorüber, und damit auch die Zeiten, in denen sich die genannten gewerkschaftlichen Erkenntnisse und Parolen noch in Einklang mit der kapitalistischen Wirklichkeit bringen ließen. Was viele Aktive als Preisgabe oder Verrat der gewerkschaftlichen Grundsätze begreifen, ist in Wirklichkeit nur die konsequente Fortsetzung einer gewerkschaftlichen Interessenpolitik, die sich nicht von der Bejahung der Marktwirtschaft, sprich der kapitalistischen Ordnung, lösen kann und will. Der Markt fordert jetzt unerbittlich Zugeständnisse von den Lohnabhängigen, das bisherige Niveau der Lohn- und Arbeitsbedingungen muss im Interesse der Standortsicherung geschliffen werden. Die Arbeitslosigkeit und die Hartz-Gesetze sorgen für den erforderlichen Druck und viele gewerkschaftliche Betriebsräte verkaufen die Kompromisse zu Lasten der Belegschaft ihren Wählern als notwendiges Opfer zur Erhaltung des Standortes und der Arbeitsplätze. »Sicherung der Arbeitsplätze durch Verzicht« wurde zur gewerkschaftlichen Leitlinie der Betriebsratsarbeit und mittlerweile auch der Tarifpolitik (»Arbeitsplatzsicherung vor Einkommenszuwachs«, siehe Kommentar zur Metall-Tarifrunde 2010). Damit verlieren Gewerkschaften die soziale Schutzfunktion für ihre Mitglieder. Denn für den »freiwilligen« Verzicht brauchen die abhängig Beschäftigten keine gewerkschaftliche Interessenvertretung. Sie wenden sich zunehmend von ihrer gewerkschaftlichen Interessenvertretung ab, die Passivität wächst, ein Umstand, den auch Uwe Fritsch in der Rechtfertigung seiner Betriebsratsarbeit zugeben muss. *»Diese Mobilisierungsfähigkeit der Belegschaft ist allerdings, je komplexer und damit immer schwerer nachvollziehbar die Politik des Betriebsrates wird, immer schwieriger herstellbar.«*

Die Gründe für die mangelhafte Mobilisierungsfähigkeit liegen allerdings nicht in der Komplexität der Betriebsratspolitik. Betriebsräte, die davon ausgehen, dass *»partielle Interessenidentitäten zwischen Management und Interessenvertretung … ständig neu geschaffen werden müssen«* (Fritsch) können – selbst wenn sie es wollten – die Belegschaft nicht glaubhaft gegen das Management und die Betriebsleitung mobilisieren. Sie wollen es in der Regel auch gar nicht. Denn eine Mobilisierung der Belegschaft birgt die Gefahr, dass sich deren Aktivitäten nicht kontrollieren lassen und sich daraus Gegenmacht entwickelt. Das würde die Rolle des Betriebsrates, sein Mitmachen bei der Unternehmenspolitik, in Frage stellen. ■

Co-Management und Betriebsgemeinschaft

»Beteiligung und Eigenverantwortung finden freilich dort ihre Grenze, wo sie mit den Unternhemenszielen in Konflikt geraten. ***Deshalb funktionieren derartige prozessorientierte Arbeits- und Organisationskonzepte im Sinne unternehmerischer Zielsetzungen dann am besten, wenn es gelingt, diese Unternehmensziele zu Zielen der Beschäftigten selbst zu machen.*** *… Das Konzept des Co-Management ist – anfangs stark kritisiert – in den Gewerkschaften längst hoffähig geworden. Damit soll die gestaltende Rolle der Betriebsräte in Betrieben und Unternehmen gewürdigt werden. Co-Management steht für eine gewerkschaftliche Betriebspolitik, wonach nicht der Interessengegensatz von Kapital und Arbeit dominierend ist, sondern dieser zumindest zeitweise durch Mitwirkung und Mitbestimmung überwunden werden kann.«* (Heinz Bierbaum, Mitherausgeber der Zeitschrift »Sozialismus«, in dem schon zitierten Buch »Vom Klassenkampf zum Co-Management?«)

Heinz Bierbaum kennzeichnet damit, worauf das Konzept des Co-Management letzten Endes hinausläuft – die Betriebsgemeinschaft, in der die Beschäftigten die Unternehmensziele zu ihren eigenen machen. Die Konzernleitungen haben die »Verdienste« der Betriebsräte dabei längst anerkannt und nutzen sie. Aber auch Christian Wulff, einst als Hardliner innerhalb der Union gegenüber den Gewerkschaften bekannt, wurde nach seiner Wahl zum Ministerpräsidenten zu einem eifrigen Befürworter der bundesdeutschen Mitbestimmung. Die Erfahrungen mit den Arbeitnehmervertretern im Aufsichtsrat bei VW haben ihn offensichtlich davon überzeugt, wie reibungslos gewerkschaftliche Mitbestimmungsträger und Geschäftsleitungen im Interesse des Unternehmens zusammenarbeiten.

Das offizielle Emblem des Braunschweiger Betriebsrates, das Sackgassenschild, in dem nach rechts abgebogen wird, anstatt sich den Kopf einzurennen – ein Bild, das inhaltlich zutrifft.

Arbeitsbedingungen und Betriebsratspolitik bei VW in Braunschweig

Das Werk in Braunschweig wurde schon Anfang der 90er Jahre auf Betreiben des Betriebsrates in eine »unabhängige« Geschäftseinheit umgewandelt und muss sich seitdem bei allen Aufträgen mitbewerben. Hier werden Lenkungen, Achsen und andere Komponenten für fast alle Konzernmodelle gebaut. Dies hat dazu geführt, dass im Laufe der Jahre neben den allgemeinen Verschlechterungen bei VW, in Braunschweig noch einige »Extras« hinzukamen. Insbesondere ist hier die Pausen- und Erholzeitregelung ab 2002 zu nennen. Die erste Amtshandlung von Fritsch als Betriebsratsvorsitzender war die Unterzeichnung dieser Regelung. In allen anderen VW-Werken haben die ArbeiterInnen im Leistungslohn noch vier Pausen und Erholzeiten, von je rund 20 Minuten. In Braunschweig gibt es nur noch drei Pausen von insgesamt 64 Minuten Länge, wovon 20 Minuten unbezahlt sind. Dies wurde unterschrieben, damit die Hinterachsmontage in Braunschweig bleibt, wofür auch eine neue Halle (30) gebaut wurde. Hier gibt es zwei Montagelinien, die Achsen zusammenbauen. Die eine besteht aus VW-ArbeiterInnen, an der anderen arbeiten KollegInnen der VW-eigenen Billigfirma »Autovision« für ca. die Hälfte des Geldes. Dies führt dazu, dass gerade die Alleinverdiener mit Kindern von den Autovisionern noch Hartz IV beantragen müssen, um über die Runden zu kommen. Letztere haben diesen Zustand schon mehrfach sehr gut auf den Betriebsversammlungen kritisiert. Fritsch hat jeweils in seinen Schlussworten ihre Forderungen nach höheren Löhnen zurückgewiesen. Ohne die Mischkalkulation mit den niedrigen Löhnen der Autovision könnten sie die Montage nicht mehr in Braunschweig halten. Die KollegInnen müssten sich also entscheiden, ob sie ihren Arbeitsplatz langfristig behalten wollen, oder kurzzeitig mehr Lohn wollen.

Fritsch rühmt sich gerne damit, dass durch seine Politik in Braunschweig immer noch über 6000 Leute arbeiten. Allerdings ist seit zwölf Jahren in der Produktion außer Zeitarbeitern und den übernommenen Azubis niemand mehr eingestellt worden. Gleichzeitig hat sich durch die Rationalisierungsprogramme, welche mit Zustimmung oder sogar auf Betreiben des Betriebsrats zustande kamen, die Produktion seit 1992 verdoppelt. Angesichts des enormen Absatzanstieges des Konzerns in den letzten 20 Jahren ist die bloße Beibehaltung der Belegschaftsgröße ein Armutszeugnis.

In den Jahren bis 2008 und selbst im »Krisenjahr« 2009 haben gut zwei Drittel in der Produktion in Früh- und Nachtschicht, kontinuierlich sechs Tage in der Woche gearbeitet. Für nicht wenige KollegInnen gelten diese Sonderschichtmodelle seit 1996 fast durchgehend. Zwischendurch gibt es dann immer mal wieder eine Woche frei, um die Überstunden zu reduzieren und eine Reproduktion der Arbeitskraft dann doch noch zu ermöglichen. Nachdem 2008 viele Überstundenkonten die Obergrenze (+400 Stunden) erreicht hatten, wurde zur allgemeinen Motivation die monatliche Auszahlung der Stunden ermöglicht. Die damalige 28,8 Stundenwoche und auch die heutige 33 Stundenwoche (Haustarif I), hat kaum jemand in der Belegschaft kennengelernt. Dafür wurden in Braunschweig 2007 und 2008 neben den 400 AutovisionsmitarbeiterInnen, noch jeweils zwischen 500 und 750 ZeitarbeiterInnen beschäftigt, was ca. zwölf Prozent der Belegschaftsgröße entspricht.

Eine Beschwerde darüber, dass bei der Planung der Produktion jeweils zu wenig Maschinen und Personal berechnet werden, ist sinnlos. Braunschweig muss sich als »unabhängige Busines Unit« für jedes zukünftig zu fertigende Produkt an der weltweiten Ausschreibung beteiligen. Über die Vergabe wird dann im konzernweiten Ausschuss (Make or buy committee) entschieden. Bei der Bewerbung für neue Fertigungsumfänge sitzt der Betriebsrat immer mit am Tisch und gibt quasi die Angebote gemeinsam mit dem Braunschweiger Management ab. Der Betriebsrat rechtfertigt dies dann immer damit, dass »wir(!)« die Berechnung so abgeben mussten, sonst hätten »wir« den Auftrag nicht bekommen und hunderte KollegInnen hätten keine Arbeit mehr. Und da über die Aufträge für 2014 jetzt entschieden wird, gibt es also immer Arbeitsplätze, die gefährdet sind und zu deren »Erhalt und Sicherung wir billiger und produktiver werden müssen«. So wird auch jede verpflichtende Überstunde genehmigt, denn »wir können ja kein autobauendes Werk (die Kunden) durch verspätete Lieferung abstellen, sonst bekommen »wir« ja nie wieder Aufträge.

Es ist, wie es Hartz beschrieben hat: Der Betriebsrat wird zum Mitmachen eingeladen, bis er nicht mehr Nein sagen kann und jede Konzernentscheidung mittragen und verteidigen muss. Die gesamte Betriebsratspolitik in Braunschweig, mit der sich ein Betriebsrat als »Gewinner« präsentieren will, ist aber gewerkschaftlich und gesellschaftspolitisch ein Desaster. Dass so jemand keine Kritik von Links gebrauchen kann, versteht sich eigentlich von selbst.

Stand 18. April 2010 ■

■ **BR-Wahl bei Daimler in Berlin – Alternative Liste gewinnt 25 Prozent:**

Untersuchungsverfahren durch die IGM eingeleitet

»Der IG-Metall Ortsvorstand wird keiner zweiten IG-Metall-Liste in einem Betrieb zustimmen. Nach der IG-Metall-Satzung müssen Mitglieder, die auf einer nicht genehmigten Liste, gegen die IG-Metall-Liste kandidieren, ausgeschlossen werden.« (VL-Info 02/2009 zur BR-Wahl)

Mit dieser Drohung reagierte die Vertrauenskörperleitung (VKL) bei Daimler in Berlin auf die Absicht unzufriedener Kolleginnen und Kollegen, auf einer eigenen Liste („Alternative«) gegen die bestehende Betriebsratsmehrheit zu kandidieren. Die »Alternative« beantragte bei der Ortsverwaltung als zweite IGM-Liste anerkannt oder zumindest toleriert zu werden. Die Ortsverwaltung lehnte ab und stützte damit die bisherige BR-Mehrheit und die VKL in ihrem Konfrontationskurs.

Sieht man von den Repressionen gegenüber der Opposition in Stuttgart-Untertürkheim ab, so schien die Zeit der Kontroversen mit Ausschlüssen bzw. Ausschlussdrohungen zu den BR-Wahlen lange vorüber. Bei Daimler in Hamburg-Harburg tritt seit mehreren Legislaturperioden eine alternative Liste an – ohne Satzungsfolgen wie Ausschluss oder Funktionsverbot. Bei BMW in Berlin erkennt die Ortsverwaltung eine zweite IGM-Liste seit 1988 offiziell an. Auch in zahlreichen anderen Betrieben und Bereichen gibt es mehrere Listen, beispielsweise bei der Berliner S-Bahn, wo selbst die eng mit der Unternehmensführung verbundene »Transnet« nicht auf die Idee kam, kritische Stimmen aus der Gewerkschaft zu drängen. Bei der BVG oder der Stadtreinigung in Berlin gibt es seit Jahren zahlreiche konkurrierende Betriebsratslisten, auf denen Mitglieder von ver.di antreten.

Den aktiveren und oft kritischeren Kräften in den Betrieben ließen die Gewerkschaftsapparate Spielraum. Wurden sie doch gebraucht, um Mitglieder zu binden und neue zu gewinnen. Mit ihrer Hilfe sollte der sinkende Organisationsgrad aufgehalten oder zumindest verlangsamt werden. Diese Überlegung tritt – zumindest in Berlin bei der Daimler-Betriebsratsmehrheit und in der IG Metall Ortsverwaltung – offensichtlich hinter andere Erwägungen zurück. In einer organisierten Opposition, welche die Unzufriedenheit in der Belegschaft zum Ausdruck bringt, sehen sie anscheinend eine Gefahr für ihre Art der Interessenvertretung. Die VK-Leitung bringt dies zum Ausdruck, wenn sie in ihrem Info zur BR-Wahl behauptet: *»Eine Politik gegen den Betriebsrat kann nur den Arbeitgebern nutzen.* (…) *Eine Alternative zur IG-Metallpolitik ist zwangsläufig gegen die Interessen der Beschäftigten gerichtet.«*

„Arbeitsplatzsicherung« durch Verzicht – die Offensive des Daimler-Vorstandes

Nutznießer der IG-Metallpolitik, d.h. der sozialpartnerschaftlichen Zusammenarbeit, war bei Daimler in erster Linie die Konzernleitung. 2004 ging das Unternehmen in die Offensive mit einem geforderten Sparprogramm von 500 Millionen Euro auf Kosten der Belegschaft. Zunächst auch von der Betriebsratsspitze verbal als »Erpresswerk« attackiert, erhielt dieses Werk als »Zukunftssicherungsvertrag 2012« mit der Unterschrift des Betriebsrates seinen Segen. Begünstigt wurden die Erpressungen von Unternehmensleitungen durch die IG Metall selbst, die mit dem Pforzheimer Abkommen die Möglichkeit eröffnete, auf betrieblicher Ebene den Flächentarifvertrag zum Erhalt von Arbeitsplätzen zu unterschreiten.

Auch der im April 2009 geforderte Sparbeitrag der Belegschaft in Höhe von zwei Milliarden Euro folgte dem alten Muster: Verzicht auf bisherige Leistungen für ein begrenztes Arbeitsplatzversprechen. Der Daimler-Vorstand forderte unter anderem: fünf Stunden Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich, Kürzung der Zuschüsse zum Kurzarbeitergeld, Verringerung des Urlaubs- und Weihnachtsgeldes, eine Verschiebung der ausgehandelten Tariflohnerhöhung von 2,1 Prozent und die Nichtauszahlung der Erfolgsbeteiligung von 1.900 Euro pro Festangestellten.

Zukunftssicherung: Geschichte des Verzichts

Die aktuelle Verzichtspolitik des Gesamtbetriebsrats erinnert uns an die Auseinandersetzung 2004. Im Rahmen des »Erpresswerks« forderte der DaimlerChrysler-Vorstand damals 500 Millionen jährlich von den Beschäftigten. Der Gesamtbetriebsrat und die IG Metall lenkten leider viel zu schnell ein: Sie begannen die Gespräche mit einem Angebot 250 Millionen zu sparen – und akzeptierten am Ende den vollen Betrag. Die Belegschaft wurde gespalten:

– die Dienstleister zum Beispiel wurden mit längeren Arbeitszeiten bei niedrigerem Lohn abgespeist.
– die Auslerner wurden mit DCMove vom Lohn und den Arbeitsbedingungen der Rest-Belegschaft abgesondert
– für die Neueingestellten nach dem 6. August 2004 gilt die Zukunftssicherung nicht. Diese Gruppe von Kollegen hat nun am meisten Angst, als erstes gekündigt zu werden.

Unsere Kampffähigkeit und die die Solidarität in der Belegschaft werden so gefährdet. Ermuntert vom Verzicht 2004 ging der Vorstand erst recht in die Vollen und legte mit dem Lohnraub durch die ERA-Umsetzung nach. Und wofür wurde verzichtet? Angeblich sollten damit die Arbeitsplätze bis Ende 2011 gesichert sein. Doch nun ist klar: In dieser Krise gelten Klauseln im Zukunftssicherungs-Vertrag, die Daimler den Ausstieg aus der Job-Garantie ermöglichen!

(aus Alternative Nr. 16 / 21.4.2009)

Diesmal verzichtete der Gesamtbetriebsrat auf die sonst übliche Rhetorik gegenüber der Geschäftsleitung und setzte ausschließlich auf Geheimverhandlungen.

Begleitet wurde die konzernweite Offensive durch Einschnitte an den einzelnen Standorten, die immer wieder gegeneinander ausgespielt werden sollen. Hier sei nur das jüngste Beispiel (Herbst 2009) in Berlin-Marienfelde erwähnt. Die Berliner Geschäftsleitung forderte:

– keine Bezahlung der halbstündigen Nachtschichtpause
– den Samstag als regelmäßigen Arbeitstag: jährlich zehn Sonder- oder Absageschichten
– drei Tage weniger frei, dafür »Qualifizierungsmaßnahmen«

Als Gegenleistung für eine Zustimmung des Betriebsrates werde sich die Berliner Geschäftsleitung beim Konzernvorstand für Produktzusagen einsetzen – für die Fertigung von Zylinderköpfen, der Ventilsteuerung und des Elektromotors für den Hybridantrieb. Allerdings solle die Produktion in einer zu gründenden GmbH stattfinden. Dem letzten Ansinnen widersetzte sich der Betriebsrat, den Einsparungen stimmte er mit 17 gegen drei Stimmen zu.

Vom Sozialpartner zum Co-Manager

Die Offensive des Daimler-Konzerns wies auch dem sozialpartnerschaftlich ausgerichteten Betriebsrat eine neue Rolle zu. Die »Verteilungsspielräume«, die die kapitalistische Wirtschaftsordnung der Nachkriegsära bot, sind angesichts des verschärften Konkurrenzkampfes, angesichts sinkender Absätze und Überkapazitäten, enger geworden oder beseitigt. Die vorherrschende Einstellung, *»geht es meinem Unternehmen gut, dann fällt auch für die Belegschaft etwas ab«*, wurde bereits vor Jahren abgelöst. *»Wir müssen alle Opfer bringen, um gemeinsam die Krise und schwere Zeiten zu überstehen«*, wurde zur beherrschenden Parole. In ihrem Namen wurden Öffnungsklauseln für Flächentarifverträge vereinbart, »betriebliche Bündnisse für Arbeit« geschmiedet, erkämpfte bzw. zumeist zugestandene Leistungen und Rechte preisgegeben. Eine Rechnung auf die Zukunft, für die es keine Garantien gibt.

Die sozialpartnerschaftlich denkenden Betriebsräte, die sich als faire Mittler zwischen Belegschaft und Firmenleitung begriffen, sahen in den Zugeständnissen des Unternehmens die Frucht ihres Verhandlungsgeschickes auf der Grundlage der vertrauensvollen Zusammenarbeit mit dem Vorstand. Aktivitäten der Belegschaften waren erwünscht, wenn sie zur Untermauerung ihrer Verhandlungsposition nötig schienen und die vertrauensvolle Zusammenarbeit nicht beschädigten stellten. Doch der Wind hat sich gedreht – wo es um die Existenz des Unternehmens oder des Standortes geht, da haben sich die Interessen und Rechte der Beschäftigten dem unterzuordnen. Es geht nicht mehr darum, wie viel »vom erwirtschafteten Kuchen« für die Belegschaft abfällt – es geht um den Erhalt von Standorten und Betrieben in einem globalen Wettbewerb. Produkte und Produktlinien müssen rationeller und günstiger produziert werden, um auf dem Markt zu bestehen und den Standort zu sichern. Diesen Überlegungen (den Marktregeln) müssen sich auch die Betriebsräte unterwerfen, solange sie an der Sozialpartnerschaft festhalten. Das »Geben und Nehmen« findet auf neuer Ebene statt. Für ihre Zustimmung zum Abbau von Löhnen und sozialen Leistungen, für die Bereitschaft die Produktionskosten durch billige Leiharbeiter und/oder durch Fremdvergabe zu senken, erhalten die Betriebsräte Zusagen für bestimmte Produktlinien oder gar Investitionen. Sie begreifen sich als Verteidiger und Garanten der Arbeitsplätze, die selbst auf der Managementebene mitbestimmen. Die Sicherung des eigenen Standortortes mittels der Einbindung in die Unternehmensziele verdrängt alle gewerkschaftlichen und politischen Überzeugungen, sofern sie überhaupt je vorhanden waren.

Die Vorschläge der IG Metall zur Krisenbewältigung laufen alle auf einen Ausbau dieser Art der »Mitbestimmung« hinaus. Die Betriebsratsfürsten der großen Konzerne haben sich längst im Vorstand der IG Metall durchgesetzt und bestimmen dessen Politik.

Die Abkoppelung der BR-Arbeit von den Sorgen und Nöten in der Belegschaft

Mit der Verlagerung der Betriebsratstätigkeit auf die Ebene des Co-Managements wächst nicht nur die Kluft zur Belegschaft, auch ehemals gewerkschaftliche Grundpositionen, Forderungen und Ziele lassen nicht mehr in diese neue Art betrieblicher Interessenvertretung und Mitbestimmung einbetten, wie die gewerkschaftliche Losung »gleicher Lohn für gleiche Arbeit«. Die Anzahl von KollegInnen zweiter Klasse, weil sie nach einem bestimmten Stichdatum eingestellt wurden, aus Leih- oder Fremdfirmen kommen, ist gewachsen. Sie verrichten die gleiche Arbeit für erheblich weniger Lohn und fallen aus der betrieblichen Interessenvertretung weitgehend raus. Sie fühlen sich weder von den Betriebsräten noch von den Gewerkschaften in ihren Anliegen ernst genommen. Das stört die Betriebsräte wenig, solange sie sich auf die Stammbelegschaft oder wesentlicher Teile von ihr stützen können. Das wird in der Regel so lange der Fall sein, wie der versprochene Erhalt ihrer Arbeitsplätze gesichert scheint und die Einschnitte nicht all zu tief ausfallen.

Als Mittler zwischen Geschäftsleitung und Belegschaft wandeln diese Betriebsräte auf schmalem Grad. Ihre Abhängigkeit von den Konzernleitungen ist in dem Maße gewachsen, wie die Entfremdung zu den normal schuftenden KollegInnen zugenommen hat. Denn für eine Absenkung der Lohnkosten lassen sich Belegschaften wohl schwerlich

mobilisieren. Sie nehmen die Einschnitte hin, weil bzw. solange sie keine Alternative sehen, um ihre Arbeitsplätze zu erhalten. Die Passivität der Belegschaften bildet die Grundlage dieser Betriebsratsarbeit. Die Unternehmensleitungen benutzen die Betriebsräte als Werkzeug zur Durchsetzung von Kostensenkungen bei Aufrechterhaltung des sozialen Friedens. Auf Unmut, der sich kritisch artikuliert oder gar organisierte Formen annimmt, reagieren die Co-Manager in den Betriebsratsgremien allergisch, sehen sie doch das Fundament ihrer Art der Interessenvertretung in Frage gestellt. Die heftigen Kontroversen um die Betriebsratswahl bei Daimler in Berlin-Marienfelde sind ein Beleg dafür.

Ausgrenzung und Diffamierung der Opposition

Der Unmut mit der gewerkschaftlichen Interessenvertretung bei Daimler in Berlin-Marienfelde entzündete sich an der Einführung und Umsetzung des neuen Entgelt-Rahmen-Abkommens (ERA) im November 2006. Über 850 KollegInnen (von insgesamt 3.000 Beschäftigten) forderten damals mit einer Unterschriftensammlung die Einberufung einer außerordentlichen Betriebsversammlung zu dem Thema. Die Betriebsratsmehrheit, sekundiert vom Vorsitzenden des Vertrauensleutekörpers, ignorierte das Anliegen der Belegschaft. In den folgenden Wochen machten ca. 100 KollegInnen ihren Protest öffentlich; sie versammelten sich einmal in der Woche zu Schichtwechsel zu einer Kundgebung vor dem Werkstor.

Die drei Mitglieder des Betriebsrates, die sich zum Fürsprecher des Unmuts machten, sahen sich schon damals heftigen Angriffen seitens der Betriebsratsmehrheit und der IGM Ortsverwaltung ausgesetzt. In der öffentlichen Kritik eines von der IG Metall ausgehandelten Tarifvertrages und der Forderung nach dessen Revision erblickte insbesondere der VK-Leiter Detlef Fendt ein gewerkschaftsschädliches Verhalten. Der Kollege Mustafa Efe wurde deshalb aufgefordert, sein Betriebsratsmandat niederzulegen. Er lehnte das ab. Seither eskaliert der Streit bei Daimler. Die Betriebsratsmehrheit und die VK-Leitung ließen nichts unversucht, ihre Kritiker auszugrenzen und ihnen die Arbeit im Betriebsrat und im Vertrauensleutegremium zu erschweren.

Im September 2007 erschien deshalb die erste Ausgabe der »Alternative« für die Kolleginnen und Kollegen im Daimler-Werk Berlin-Marienfelde. In den vergangenen drei Jahren sammelte sich um die Betriebszeitung eine Gruppe, die im März 2010 als »Alternative Liste« zu den Betriebsratswahlen angetreten ist. Im Mittelpunkt der Berichterstattung standen u.a.:

- Die Krankenrückkehrgespräche: Sie dienen, wie in zahlreichen andern Konzernen dazu, Druck auf gesundheitlich angeschlagene KollegInnen auszuüben und auszuloten, wie man sie am besten los werden kann. Bei Daimler finden diese Gespräche auf Grundlage eines Leitfadens zu Krankenrückkehrgesprächen, AGC (Anwesenheits-Gesprächs-Controlling) statt.
- Die Arbeitsbedingungen und die Zukunft/Sicherung der Arbeitsplätze in Berlin-Marienfelde.
- Die Zugeständnisse des Gesamtbetriebsrates und des Berliner Betriebsrates gegenüber der Geschäftsleitung.

Die Kontroversen um die gewerkschaftliche Interessenvertretung wurden durch die »Alternative« öffentlich gemacht. Wie notwendig dies ist, zeigt die Art und Weise, wie hinter verschlossenen Türen Vereinbarungen durch den GBR und die Berliner Betriebsratratsmehrheit geschlossen wurden.

Diskussionen unerwünscht

Als im April 2009 der Daimler-Vorstandsvorsitzende Zetsche mit einem umfangreichen Forderungspaket von zwei Milliarden Euro in die Öffentlichkeit ging, reagierte der Gesamtbetriebsrat nach bekanntem Muster. Er bot zunächst ein Verzicht an, der sich auf die Hälfte der geforderten Summe belief und führte anschließend die Verhandlungen im Geheimen. *»Von der letzten außerordentlichen Betriebsversammlung wurden die meisten Kollegen überrascht. Angekündigt wurde sie nur zwei Tage vorher. Und auch sonst war etwas anders: die Betriebsratsmehrheit änderte den Ablauf. Die sonst übliche Aussprache wurde ersatzlos gestrichen. Dabei drohen uns die größten Angriffe auf unsere Löhne seit Jahrzehnten.* […] *Doch viele Kollegen wollten den Maulkorb nicht hinnehmen. Innerhalb einer Stunde unterschrieben 120 Beschäftigte einen Antrag, der die Abschaffung des Diskussionsverbotes forderte. Die Versammlungsleiterin Ute Hass [BR-Vorsitzende in Marienfelde] weigerte sich den Antrag zu verlesen und ihn abzustimmen.«* (Alternative Nr. 16/21.4.2009) Auf der Fortsetzung der außerordentlichen Betriebsversammlung wurde das Ergebnis der Verhandlungen zwischen GL und GBR vorgestellt. Erneut wurde eine Aussprache verweigert und entsprechende Anträge ignoriert.

Und fast das gleiche Spiel als es im Herbst 2009 um die von der Belegschaft in Berlin-Marienfelde geforderten Zugeständnisse ging. Die ausgehandelte Vereinbarung wurde den Betriebsräten nicht ausgehändigt, sondern nur an die Wand projiziert. Auch auf Nachfrage wurde die Aushändigung schriftlicher Exemplare verweigert und so getan, als sei dies ein völlig normaler Vorgang.

Die Belegschaft und die nicht freigestellten Betriebsräte haben zu schlucken, was ihnen als Medizin zur »Sicherung des Standortes« verabreicht wird und hinter ihrem Rücken von freigestellten Betriebsräten und bezahlten IGM-Funktionären mit der Geschäftsleitung ausgehandelt wurde. Es geht also bei der BR-Wahl 2010 nicht nur darum, welche Kolleginnen und Kollegen die zu wählenden Posten bekleiden werden und wie sie der Geschäftsleitung entgegentreten wollen. Es geht auch um ein Stück mehr innergewerkschaftlicher Demokratie und um die Einbeziehung der Belegschaft. Ohne deren Bereitschaft sich zu bewegen und sich zur Wehr zu setzen, bleibt auch ein neu zusammengesetzter Betriebsrat Mittler zwischen den Fronten, der von der Konzernleitung zur Durchsetzung seiner Ziele instrumentalisiert werden kann.

Das Ergebnis der BR-Wahl

2128 KollegInnen (76 Prozent der Wahlberechtigten) beteiligten sich an der Abstimmung. Die IG Metall erhielt mit 1402 Stimmen 15 Sitze, die Alternative Liste 526 Stimmen und fünf Sitze (darunter eine Freistellung), die Faire Basis (eine Abspaltung von der IGM-Liste) kam auf 110 Stimmen und einen Sitz im Betriebsrat. Die CGM (Christliche Gewerkschaft) verfehlte mit 46 Stimmen den Einzug in den Betriebsrat.

Das Ergebnis gibt Auskunft über die Stimmung in der Belegschaft. Zwar dürfte die Kritik an der Interessenvertretung durch den BR und die IGM breiter sein, als es in den Stimmen für die »Alternative« zum Ausdruck kommt. Doch diese Unzufriedenheit führte nicht zur Wahl einer der oppositionellen Listen. Die Mehrheit der KollegInnen scheut vor einer weiteren Polarisierung in der Belegschaft als auch vor einer stärkeren Konfrontation mit der Geschäftsleitung zurück.

Durch die Betriebsratswahl sind die oppositionellen Kräfte innerhalb der betrieblichen Interessenvertretung gestärkt. Dies kann die Betriebsgruppe der »Alternative« nutzen, um in nächster Zeit innerhalb der Belegschaft für eine breitere und aktivere Antwort der KollegInnen auf die bevorstehenden Einschnitte zu werben.

Politische Kontroversen um Ausschlussverfahren

Nicht nur im Betrieb, sondern auch auf der Ebene der Ortsverwaltung stieß die Drohung mit einem Ausschlussverfahren auf Kritik und Ablehnung. So schlug der Versuch von Betriebsratsmehrheit und Ortsverwaltung fehl, die »Alternative Liste« auf der Berliner Delegiertenversammlung als Spalter der IG Metall zu diffamieren und zu isolieren. Anerkannte Delegierte und Betriebsräte aus andern Betrieben, u.a. von Otis, sprachen sich vehement gegen jegliche Ordnungsverfahren aus. Sie hatten angekündigt, in einem solchen Fall als Beisitzer für die »Alternative« bereitzustehen.

Auch in der linken Öffentlichkeit Berlins wurden die Betriebsratswahlen und das angedrohte Ordnungsverfahren diskutiert. Sowohl die »Junge Welt« als auch das »Neue Deutschland« hatten kritisch darüber berichtet. Dadurch wurden die BR-Wahlen zu einem innerparteilichen Thema sowohl in der Linkspartei als auch in der DKP. Der Debatte in der DKP kam eine besondere Bedeutung zu. Detlef Fendt, VK-Leiter bei Daimler, der besonders vehement für ein Ordnungsverfahren wegen gewerkschaftschädigendem Verhalten eintrat, ist Mitglied der Partei. Das Thema Betriebsratswahlen und oppositionelle Listen wurde zum Gegenstand mehrerer Versammlungen und Veranstaltungen der DKP. Dort trat auch Uwe Fritsch, Mitglied im DKP-Vorstand und BR-Vorsitzender bei VW in Braunschweig, auf. Er stütze die Position von Detlef Fendt (siehe auch Artikel zu VW Braunschweig, Seite 18). Bei der Mehrheit im Berliner Landesverband stieß dessen Haltung auf Ablehnung.

In mehreren Artikeln des »Berliner Anstoß« (Parteizeitung der Berliner DKP) wurde die Co-Managementpolitik des Daimler-Betriebsrates kritisiert und für die »Alternative« Partei ergriffen. Rückendeckung erhielt Detlef Fendt vom Parteivorstand der DKP. Der stellte sich hinter den VK-Leiter. Gegen die Einleitung eines Ausschlussverfahrens aber sprach sich selbst der DKP-Vorstand aus.

Untersuchungsverfahren eingeleitet

»Der Ortsvorstand der IG Metall Verwaltungsstelle Berlin hat auf Antrag ein Untersuchungsverfahren nach § 10 der IG Metallsatzung zur Feststellung von gewerkschaftsschädigendem Verhalten gegen die IG Metallmitglieder der anderen Listen Alternative und Faire Basis eingeleitet.« (VL-Info Nr. 6, April 2010) In der Berliner Ortsverwaltung hält sich die Begeisterung über ein solches Verfahren in Grenzen, schafft es doch Unruhe und zusätzliche Arbeit. Es ist davon auszugehen, dass die Initiative nicht allein von der Betriebsratsspitze in Berlin ausgeht, sondern mit dem Konzernbetriebsrat und dem IGM Vorstand in Frankfurt abgestimmt wurde. Die Untersuchungsverfahren, die auch in Sindelfingen und Kassel eingeleitet wurden, sind ein Beleg dafür. Offensichtlich wollen die Co-Manager im Konzernbetriebsrat und im Gewerkschaftsvorstand vorbeugen – es soll in der IGM keine organisierte Opposition von links geben, die sich zum Sprecher der Unzufriedenheit und möglicher Aktivitäten in den Belegschaften machen könnte.

Stand 24. April 2010 ■

■ **Bolivien nach der Wahl:**

Oligarchie ausgebremst, schnellere Umgestaltung möglich

»Am 6. Dezember steht der Anden-Sozialismus des Evo Morales auf dem Prüfstand, und alle Umfragen sprechen ihm bei der Präsidentenwahl einen großen Sieg zu.« So war es in der Süddeutschen Zeitung vom 24.11.2009 zu lesen. Es stand zwar kein wie auch immer Sozialismus zur Wahl, aber mit der Prognose lag der Journalist Sebastian Schoepp durchaus richtig.

Als der amtierende Präsident dann mit 64 Prozent sein Ergebnis von vor fünf Jahren – damals waren es 53,7 Prozent – noch einmal deutlich verbesserte, sorgte das schon für Überraschung. Evo Morales konnte seinen Stimmenanteil in etwa verdoppeln. 2005 gab es 3,5 Millionen Wahlberechtigte, 2009 waren es bereits 5,1 Millionen.

Politisch noch bedeutender waren jedoch die Ergebnisse der Parlamentswahlen. Ging es doch um die strategisch brisante Frage, ob die Regierung des MAS, der Bewegung für den Sozialismus, die Mehrheit in beiden Häusern des Parlaments erreichen würde. Und laut Einschätzung von Barbara Conty, Projektkoordinatorin der Rosa-Luxemburg-Stiftung in La Paz, würde *»es kaum eine absolute Mehrheit für die MAS in der plurinationalen Versammlung geben«*. Ja, sie schloss diese Möglichkeit sogar aus und erläuterte: *»In der neuen Verfassung sind neue Formen von Repräsentativität festgelegt, die den Einfluss von Parteien erheblich schwächen. Daher ist klar* (!)*, dass die Regierungspartei MAS keine eigene Mehrheit erringen wird.* (…) *Sicher wiederum ist, dass die Rechte über die Senatorenkammer viele Initiativen blockieren wird.«* Frau Conty lag daneben. Und es wurde auch hier ein fulminanter Wahlsieg, der in der Abgeordnetenkammer 85 der 130 Sitze einbrachte. Besonders bitter für die Opposition, die vordem im Senat mit ihrer Mehrheit die Reformgesetzgebung der Regierung blockieren konnte, dass in dieser Kammer der MAS mit 25 der 36 Sitze die Rechtskonservativen ins Abseits stellte. Also eine Zwei-Drittel-Mehrheit in beiden Kammern der »Plurinationalen Gesetzgebenden Versammlung« und das bei einer Wahlbeteiligung von 94 Prozent.

Das Tempo wird beschleunigt

Die Zwei-Drittel-Mehrheit in beiden Kammern ist von besonderer Bedeutung, da das neu gewählte Parlament Asamblea Legislativa Plurinacional bereits in den nächsten Monaten eine Reihe von Ausführungsgesetzen im Rahmen der neuen Verfassung erlassen muss. Die besten Vorausset-

zungen, um in der Amtsperiode bis 2015 *»den Prozess des Wandels jetzt zu beschleunigen«* (E. Morales). Anlässlich der Einführung zu seiner zweiten Amtszeit versprach der alte und neue Präsident zwar nicht die Einführung des Sozialismus, aber dafür die *»Abschaffung des Neoliberalismus«*. Der MAS war in sechs Departamentos siegreich: La Paz 80 Prozent, Torero 79 Prozent, Potosi 78 Prozent, Cochabamba 68 Prozent, Chuquisaca 56 Prozent. Selbst in Tarija, Teil der reaktionären Media-Luna-Provinzen im Osten des Landes, erreichte der MAS eine Mehrheit mit 51 Prozent. Für sich entscheiden konnte die rechte Opposition nur die drei Provinzen Santa Cruz, Pando und Beni, wobei der MAS auch hier in den Hochburgen der militanten Rechten auf beachtliche Ergebnisse zwischen 37 Prozent und 44 Prozent kam. Nach der neuen Verfassung gibt es sieben Spezialwahlkreise für Vertreter indigener Minderheiten. Alle sieben Wahlkreise gingen an Vertreter des MAS. Erwähnenswert ist auch der Anteil der weiblichen Abgeordneten mit 28 Prozent, darunter die erste Senatspräsidentin in der Geschichte Boliviens.

Der aussichtsreichste Präsidentschaftskandidat der politisch zersplitterten nationalen Bourgeoisie war der Exgeneral und frühere Präfekt von Cochabamba, Manfred Reyes Villa. Der in der »Escuela de las Americas« ausgebildete Militär hatte dem Diktator Garcia Meza als Sicherheitschef gedient und als Bürgermeister von Cochabamba die Privatisierung des Wassers veranlasst, was im Jahr 2000 zum »Wasserkrieg von Cochabamba« führte. Mit 27 Prozent landete er weit abgeschlagen. Reyes Villa war von der illusionären Hoffnung ausgegangen, Morales in die Stichwahl zwingen zu können, um ihn dann mit der geballten Unterstützung von Großbourgeoisie und Teilen der Mittelschichten schlagen zu können. Bereits einige Tage nach der Präsidentschaftswahl war er nach Peru geflohen und von dort aus in die Vereinigten Staaten. Er soll sich in einer luxuriösen Wohnung in Miami versteckt halten, die er und seine Frau im Jahr 2004 gekauft haben. Sein Vizepräsidentschaftskandidat Leopoldo Fernandez, Besitzer riesiger Viehherden, ehemaliger Präfekt des Departements Pando, sitzt seit September 2008 wegen eines von ihm zu verantwortenden Massakers an indigenen Bauern in Haft. Noch weniger Chancen hatte der Zementmillionär Samuel Doria Medina, der mit sechs Prozent den dritten Platz einnahm. Das sind die Figuren, die im Falle eines Wahlsiegs mit freundlicher Unterstützung aus deutschen Regierungskreisen hätten rechnen können.

FDP-Stiftung: *»keine wirkliche Wahl«*

Was macht eine deutsche Stiftung, die von der FDP organisiert wird (Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit), wenn ihr in einem Land wie Bolivien die Wahlergebnisse nicht ins Konzept passen? Der ersten Wahl in Bolivien, an der im Unterschied zu den vorhergegangenen fast alle Wahlberechtigten auch die Möglichkeit hatten, sich zu beteiligen. In Ermangelung eigener Argumente lässt man eine bolivianische Journalistin, die der rechts-militanten Opposition nahe steht, zu Wort kommen. Und das liest sich dann so: *»Zwar haben die Bürgerinnen und Bürger Boliviens am 6. Dezember 2009 ihren Präsidenten, Vizepräsidenten und die Abgeordneten gewählt, aber diese Wahl bot keine wirkliche Wahl und war damit eine der atypischsten der Geschichte Boliviens. Es handelte sich mehr um einen rein formalen demokratischen Prozess, der die Regierung von Evo Morales plebiszitär legitimierte. Die Opposition hat es nicht verstanden, sich als politische Gegenkraft zu formieren.«* (Silvia Mercado in Hintergrundpapier 1/2010) Für die FDP-nahe Journalistin wäre die Wahl typisch und damit demokratisch gewesen, wenn wie so häufig in der bolivianischen Geschichte einer der Repräsentanten der Oligarchie zum Präsidenten gewählt worden wäre. Das ist an Dreistigkeit nicht mehr zu überbieten. Angemessener bewertete die der CSU nahe stehende Hanns-Seidel-Stiftung im Quartalsbericht III/09 die Situation: *»Die Opposition ist so desorientiert und geteilt, dass es nicht eine bedeutende Persönlichkeit gibt, die momentan deren Führung hätte übernehmen wollen, was ihren Werdegang in den nächsten Jahren stark beeinträchtigen könnte.«* Der CSU-Stiftung wäre es natürlich sympathischer, wenn sich die bourgeoisen Kräfte auf einen gemeinsamen Kandidaten geeinigt hätten. Dass die Stiftungen der deutschen bürgerlichen Parteien eher mit der bolivianischen Rechten als mit einer Bewegung für den Sozialismus sympathisieren, wird niemand überraschen. Wie weit man sich dabei einlässt, hat unlängst der Militärputsch in Honduras gezeigt (dazu: ARSTI Nr.166, S.16 ff). Vor allem das FDP-Umfeld hat damals zugunsten der Putschisten klar Partei ergriffen. Und das macht sie auch in Bolivien, wo die liberale Stiftung »Freiheit und Demokratie (FULIDE)« aus Santa Cruz aktiv in Putschhandlungen gegen die Regierung einbezogen war. An der Spitze dieser Stiftung steht Branko Marinkovic, ein kroatischstämmiger Millionär, der an einem gegen Evo Morales geplanten Attentat beteiligt gewesen sein soll. Und was die CDU-Connection betrifft, gibt Benjamin Beutler einen Hinweis: *»Einziger Kooperationspartner der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung in Bolivien ist die Stiftung für Unterstützung des Parlaments und Bürgerlicher Beteiligung (FUNDAPACC), dessen Vorstandsmitglieder der erwähnte Pandos Ex-Präfekt Fernández sowie der ehemalige Senatspräsident José Villavicencio sind. Letzterer ist in einem UNASUR-Beweis-Video zum Pando-Massaker in eindeutiger Angriffspose zu sehen, laut schreiend: ‚Wenn Evo Blut will, dann soll er Blut bekommen'.«* (Lateinamerikanachrichten, 17.6.2009) Ob die von Deutschland aus zugunsten offen terroristischer Kräfte in Bolivien agierenden Stiftungen gut beraten sind, muss bezweifelt werden. Bolivien ist in vielerlei Hinsicht, vor allem was das gesellschaftliche Kräfteverhältnis und die Entwicklung der Klassenkämpfe betrifft, nicht mit Honduras vergleichbar.

Garantieren den Wandel: Evo Morales und Alvaro Garcia Linera

Am 22. Januar begann die zweite Amtszeit des Präsidenten Morales und seines Vize Alvaro García Linera, der schon seit 2006 an der Seite des Präsidenten steht. Er ist im Unterschied zu Morales ein Intellektueller mittelständischer Herkunft. Seine politische Biographie bescherte ihm umfangreiche Erfahrungen. Er beteiligte sich an der Organisierung indigener Dorfgemeinschaften und nahm später führend am Kampf des Ejercito Guerillero Tupak Katari (EGTK) teil. 1992 verhaftet, verbrachte er fünf Jahre ohne Prozess im Gefängnis. Nach seiner Entlassung arbeitete er als Dozent an verschiedenen Universitäten Boliviens. Der marxistisch gebildete Linera spielt in der Bündnispolitik des MAS eine wichtige Rolle. Inzwischen wurden von der Staatsanwaltschaft über die oben erwähnten Attentatspläne gegen Morales und Linera nähere Details bekannt gegeben. Danach hat der US-Geheimdienst CIA über den Agenten Istvan Belovai die geplante terroristische Aktion einer bereits in den Balkankriegen der 90er Jahre aktiven Gruppe gesteuert. Satellitenaufklärung und finanzielle Mittel sollen in Aussicht gestellt worden sein. Im April 2009 war es allerdings einem Spezialkommando der bolivianischen Polizei rechtzeitig gelungen, die Bande auszuschalten. Laut einem aktuellen Bericht von FBI und CIA bleibt die bolivianische Regierung weiterhin unter Beobachtung und wird als *»Gefahr für die regionale Stabilität«* bezeichnet. In einem In-

terview mit der italienischen Tageszeitung Il Manifesto schätzt Garcia Linera die Bedrohung realistisch ein und weist im Zusammenhang mit dem Putsch in Honduras auf die Gefahr hin, *»dass die USA zu ihrer Strategie der 80er Jahre zurückkehren«* würden. Über Obama äußerte er sich *»enttäuscht«*. Er habe *»sich in seiner Denkweise dem militärisch-industriellen Komplex angepasst«*. Alles deutet darauf hin: Die US-Administration wird nach dem Wahlergebnis vom 6. Dezember und angesichts des desaströsen Zustands des bürgerlichen Parteienspektrums weiterhin eine feindliche Haltung zur MAS-Regierung einnehmen und die separatistischen Kräfte des Ostens mit allen Mitteln unterstützen. Schon bisher beteiligten sich die US-Behörden für Internationale Entwicklung (USAID) und National Endowment for Democracy mit jährlich 89 Millionen US-Dollar an diesen Bestrebungen. Das so genannte Engagement vor allem der USA für den Osten Boliviens hatte in den fünfziger Jahren des vorigen Jahrhunderts seinen Anfang genommen. Bereits 1971 war der gesellschaftliche Einfluss der Hacendados (Großgrundbesitzer) des Ostens in Bolivien so gewachsen, dass mit Hugo Banzer nach einem Militärputsch die Macht auf ganz Bolivien ausgeweitet werden konnte. Bis zur Regierungsübernahme durch den MAS war es zentrales Anliegen aller Regierungen, die finanziellen Ressourcen des Landes zugunsten des agro-industriellen Bürgertums im Osten umzuleiten. Den Versuch der MAS-Regierung, diese Fehlentwicklung zu beenden, beantworteten die Oligarchen des Media-Luna-Gürtels (Ostprovinzen) mit konkreten Schritten der politischen Abspaltung der Departements, in denen sie Mehrheiten mobilisieren können. Die Rädelsführer sitzen in Santa Cruz und repräsentieren die einflussreichsten Verbände der Agrar- und industriellen Bourgeoisie. Eine führende Position bei der Vereinigung der Privatunternehmer nimmt der bereits erwähnte gebürtige Kroate Branko Marinkovic ein. Er ist Teilhaber von Transredes, eines Unternehmens, das 6000 km lange Erdgas- und Erdölpipelines betreibt. Dass im Umfeld der Separatisten vermehrt Personen auftreten, die ihre Wurzeln auf dem Balkan haben und »Verdienste« an der Zerschlagung Jugoslawiens vorweisen können, sollte nicht verwundern. Die Wohlstandsseparatisten, die den verarmten Bevölkerungsschichten nichts abgeben wollen, waren in ihrem Bemühen, den von der MAS regierten Staat unregierbar zu machen, durchaus kreativ. So legten sie in der ersten Amtszeit den Justizbereich lahm. Benjamin Beutler beschreibt die Vorgehensweise: *»Seit dem Machtantritt des MAS 2006 war die Mehrheit der Richter aus dem Dunstkreis konservativer Parteien mittels fadenscheinigen Gründen zurückgetreten und die oberste Gerichtsbarkeit auf diesem Wege lahm gelegt. Seitdem steht der Justizapparat still. Offiziellen Angaben zufolge liegen im Verfassungsgericht 5640 Verfahren auf Halde, im Obersten Gericht stapeln sich über 5000«* (jW, 15.2.2010). Folgerichtig sieht die neue Verfassung die Unabhängigkeit der Justiz durch die Wahl der Richter vor. Für die Übergangszeit ernannte der Präsident per Dekret die Richter, darunter erstmalig eine indigene Frau, für das oberste Verwaltungsgericht, bevor diese im Dezember vom Wahlvolk gewählt werden.

Lob vom IWF

Aber alle Reformen im Überbau würden den fortschrittlichen Kräften, die sich im MAS organisieren, keinen durchschlagenden Erfolg bringen, wenn die ökonomischen Voraussetzungen nicht gegeben wären. Zwei Entwicklungen in der ersten Amtszeit schafften günstige Voraussetzungen. Zum einen stiegen die Energiepreise auf dem Weltmarkt deutlich und neu ausgehandelte Verträge mit den Konzernen führten zu einer Verdreifachung der Staatseinnahmen (2005: 992 Millionen US-Dollar; 2008: 2,7 Milliarden) – das wiederum konnte sich die Regierung auf die Fahnen schreiben. Die wieder verstaatlichte Energiefirma Yacimientos Petroliferos Fiscales Bolivianos (YPFB) verschafft der Staatskasse Gewinne aus dem Gas- und Ölverkauf. Geld, das im Unterschied zu früher nunmehr für Sozialprogramme zur Verfügung steht. Die auf massiven Staatsinterventionismus orientierende Politik des MAS erfuhr kürzlich von unerwarteter Seite Anerkennung. Der Chefanalyst des Internationalen Währungsfonds (IWF), Gilbert Terrier, lobte die Wirtschaftspolitik der Regierung, insbesondere die Sozialpolitik: *»Schaue ich mir das Bolivien von vor zehn Jahren an, dann muss ich gestehen, dass mir die Sozialpolitik dieser Regierung äußerst gut gefällt.«* Ebenso positiv erwähnte er die wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die dem Land 2009 trotz Weltwirtschaftskrise ein Wachstum von vier Prozent (das höchste in ganz Lateinamerika) und seit 1970 erstmals wieder einen ausgeglichenen Haushalt bescherten. Es dürfte ihm auch nicht entgangen sein, dass das Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt in den letzten drei Jahren von 1010 auf 1651 US-Dollar stieg. Dabei hat die MAS-Regierung 2006 alle IWF-Finanzierungsprogramme abgebrochen und auf weitere Expertenanhörungen aus dieser Ecke verzichtet. Unter den erfolglosen Vorgängerregierungen war Bolivien insofern ein Vorzeigeland des IWF, weil alle Ratschläge befolgt und voll umgesetzt worden waren: Die Staatsausgaben waren abgesenkt, Staatsbetriebe privatisiert und der Bankensektor liberalisiert worden. Hat sich der Vertreter des IWF durch die positive Faktenlage bekehren lassen? Natürlich nicht. Nach der Lobeshymne durfte die Mahnung nicht fehlen: Nach der überstandenen Weltwirtschaftskrise müsse der Staat *»allmählich«* von seiner *»impulsgebenden Rolle«* Abschied nehmen. Der Wirtschafts- und Finanzminister Luis Arce (MAS) wird der Empfehlung nicht nachkommen: *»Wir glauben nicht, dass der Staat nur bei Problemen oder Krisen eingreifen soll, um konjunkturelle Momente zu überwinden. Wir glauben, dass die Beteiligung des Staates permanent sein muss.«* Jeffrey Sachs, Professor für Wirtschaftswissenschaften an der US-amerikanischen Columbia University, äußerte sich 2004 in einem Gastkom-

mentar der Süddeutschen Zeitung verwundert über die miserable wirtschaftliche Situation in Lateinamerika. Er formuliert es so: *»Eines der größten Rätsel der Weltwirtschaft ist die schlechte Wirtschaftsleistung Lateinamerikas. Seit den frühen achtziger Jahren gab es in Lateinamerika wenig Fortschritte. In weiten Teilen der Region stiegen die Pro-Kopf-Einkommen nur langsam (wenn überhaupt), und eine große Krise jagte die andere. Man probierte es mit vielen Strategien, vor allem mit Handelsliberalisierung, der Privatisierung ineffizienter Staatsbetriebe und mit Haushaltsreformen. Aber irgendeines hält Lateinamerika zurück.«* (SZ, 5.8.2004) Der US-amerikanische Professor fand in seinem Kommentar letztlich keine für ihn überzeugende Antwort auf das »Rätsel«. Er hätte sie finden können, aber diese dann vielleicht nicht in der Süddeutschen Zeitung kommentierend erläutern dürfen.

Es sind nicht zuletzt die Knebelverträge der multinationalen Konzerne, die ungeheure Gewinne aus den lateinamerikanischen Ländern herauspressen. Die Länder selber haben in der Regel nicht das Know-how, unterirdische Lagerstätten etwa von Erdöl und Erdgas zu nutzen. Die Konzerne, die dazu in der Lage sind, diktieren auch die Bedingungen. In die Verträge ist eine Klausel integriert, die besagt, dass ein sich aus dem Vertrag ergebender Rechtsstreit vor einem ausländischen Gericht ausgetragen werden muss. Der bolivianischen Regierung gelang es, über 50 Prozent der Verträge neu auszuhandeln und den bisherigen Abgabensatz an den Staat von etwa 18 Prozent auf 50 Prozent anzuheben. In die neue bolivianische Verfassung wurde gleichzeitig ein Artikel eingefügt, der die Austragung von Rechtsstreitigkeiten ins Land zurückholt. Darin heißt es: *»Alle ausländischen Unternehmen, die in der Produktionskette fossiler Brennstoffe aktiv sind,* (…) *sind der Souveränität des Staates, seiner Gesetze und seiner Behörden unterworfen. In keinem einzigen Fall wird eine ausländische Gerichtsinstanz oder Gerichtsbarkeit anerkannt, und sie dürfen auch keine Ausnahmesituation heraufbeschwören, die ein internationales Schiedsgericht erfordert, genauso wenig wie diplomatische Einmischungen akzeptiert werden.«* Kann Bolivien diese gestärkte Position gegenüber den Konzernen durchhalten? Sie kann es natürlich nur im Kontext einer zunehmenden Integration lateinamerikanischer Staaten auf antiimperialistischer Grundlage. Für inzwischen neun Regierungen von Staaten aus Lateinamerika und der Karibik heißt die Antwort ALBA, ein wirtschaftlich-politisches Bündnis, das 2004 als Kooperation zwischen Venezuela und Kuba unter dem Namen Alternativa Bolivariana para los pueblos de Nuestra América entstanden ist. Es war auch als Antwort bzw. Alternative zu ALCA (Área de Libre Comercio de las Américas) gedacht, der unter dem Diktat des US-Imperialismus stehenden Freihandelszone, die aber bereits jetzt – auch wegen der Ausstrahlung von ALBA – der Vergangenheit angehört. Im April 2006 schloss sich Bolivien dem Bündnis an. Im Juni 2009 wurde der neue Name Alianza Bolivariana para los pueblos de Nuestra América für das Bündnis angenommen. Weil es dieses Bündnis gibt, die Integration der lateinamerikanischen Staaten voranschreitet und in den verschiedenen Bereichen ein gesellschaftlicher Emanzipationsprozess in Abgrenzung zu den Einmischungsversuchen der USA stattfindet, hat auch Bolivien eine realistische Chance *»in dieser progressiven Welle* (…) *den Übergang zu einer gesellschaftlichen Veränderung entschlossen«* anzugehen (Garcia Linera). Fidel Castro attestiert der bolivianischen Staatsführung anerkennend: *»Man geht vorsichtig zu Werke, um zu vermeiden, einen Schritt zurückgehen zu müssen.«* Die von Castro angesprochene Vorsicht deutet auf eine gewisse Reife der Führung des MAS hin. Zwar wird der Begriff Sozialismus bzw. Sozialismus des 21. Jahrhunderts schon mal in den Mund genommen, doch davon kann in absehbarer Zeit noch nicht die Rede sein. Der ägyptische marxistische Ökonom Samir Amin bemerkte, auf die Problematik angesprochen: *»Auch wenn es dort überall Wandel gibt, handelt es sich nicht um Revolutionen. Was sich dort abspielt, bezeichne ich als revolutionäre Fortschritte. Es sind Schritte, die die Machtverhältnisse zum Nutzen der einfachen Bevölkerung verschieben.* (…) *Sozialismus wird allmählich durch die sozialen Kämpfe der Menschen aufgebaut. Das dauert viele Jahrzehnte und mehr als das. Verstaatlichung ist nur der erste Schritt, der die Bedingungen für die Entwicklung des Sozialismus schafft.«*

Eine vorschnelle Prognose

Die bolivianische Regierung des MAS hat durch die gezielte Rückverstaatlichungspolitik in zentralen Bereichen günstige Voraussetzungen für eine Umverteilungspolitik von Oben nach Unten geschaffen. Die Arbeiterklasse und das Landproletariat spüren bereits die materiellen Vorteile dieser Politik in Form sozialer Verbesserungen. Ein ehrgeiziges Sozialprogramm wurde in Gang gesetzt: Stichpunkte dazu sind medizinische Versorgung, Senkung der Kindersterblichkeit, finanzielle Zuwendungen für Schwangere und Kinder unter zwei Jahre, für alle Schulkinder und alle über 60-jährigen. Diese Maßnahmen können ausgeweitet werden, weil Bolivien von Natur aus kein armes Land ist. Vorerst kann man sich auf die Einnahmen aus dem Verkauf von Gas und Öl stützen. Die Mittel sind vorhanden um den im Elend lebenden Schichten den Weg in eine Armut in Würde zu ebnen, um dann die Beseitigung der Armut in Angriff zu nehmen. Dazu ist der Ausbau der Infrastruktur vor allem in den vernachlässigten Gebieten und eine gezielte Industrialisierungspolitik erforderlich. Sollten Erdöl- und Erdgasvorräte zur Neige gehen, verfügt das Land über mehr als die Hälfte aller Lithium-Vorräte der Erde, *»der Stoff, der Bolivien in der kommenden Ära des Elektroautos zu dem machen könnte, was heute Saudi-Arabien ist«* (Wolfgang Kunath, BZ vom 22.6.09). Die Regierung gedenkt mit diesem Schatz vorsichtig umzugehen. Und das ist multinationalen Konzernen und imperialistischen Staaten ein Dorn im Auge. Sie werden alles in Bewegung setzen, um die Politik der bolivianischen Regierung zu blockieren und das gesellschaftliche Kräfteverhältnis zugunsten der Bourgeoisie umzukehren. Ob aber der eingangs zitierte Journalist der Süddeutschen Zeitung, Sebastian Schoepp, mit seiner aktuellen Prognose Recht bekommt, darf bezweifelt werden. Seiner Meinung nach *»ahnen«* die konservativen Regierungschefs Lateinamerikas, *»dass der Linksruck auf dem Kontinent bald Geschichte sein dürfte«* (SZ, 24.2.10). Da sprächen vielleicht einige Wahlergebnisse (Chile, Panama, Costa Rica, Honduras) dafür, aber eine Trendwende zurück zu alten Zeiten kann daraus nicht abgeleitet werden.

hd., Stand: 1.3.10 ■

Den Artkel haben wir der »Arbeiterstimme« entnommen. Sie kann bezogen werden über:

Thomas Gradl
Postfach 910307
90261 Nürnberg

www.arbeiterstimme.org